

NOMOSKOMMENTAR

Heidel | Schall [Hrsg.]

HGB

4. Auflage



Nomos

NOMOSKOMMENTAR

Dr. Thomas Heidel
Prof. Dr. Alexander Schall [Hrsg.]

HGB

4. Auflage

RAin Dr. Irini Ahouzaridi, FAArBR | RA Wjatscheslav Anissimov | RA Prof. Dr. Andreas J. Baumert, FAHuGR | RAin Dr. Stefanie Bergmann, LL.M. (Madison-Wisconsin), FAHuGR | RAin Dr. Stephanie Deckers, FAHuGR | PD Dr. Andreas Dieckmann, Universität Hannover | RA Dr. Markus Dinkelbach | WP u StB Achim Dörner, LL.M. | RAin Dr. Stephanie Eberl, LL.M. oec. | Dipl.-Kfm., WP u StB Peter Ebert | RiOLG Prof. Dr. Robert Freitag, Maître en droit (Bordeaux), Universität Erlangen-Nürnberg | Dipl.-Kfm. Dr. Andreas Gattung | Dipl.-Kffr. (FH), WPin u StBin Anke Hahn | RA Dr. Thomas Heidel, FASrR u FAHuGR | Dipl.-Kfm., WP u StB Norbert Heinemann | Dipl.-Finw. u StB Dr. Martin Heyes, LL.M. | RiLG Dr. Torben Illner | RA Dr. Tobias Keller | Dr. Marco Keßler | Dr. Verena Klappstein M.A., LL.M., Universität Passau | Prof. Dr. Leonhard Knoll, Universität Würzburg | Not. Dr. Richard Koch-Sembdner, LL.M. (Stanford) | RA Dr. Michael Lamsa | RAin Dr. Andrea M. Partikel | RA u Not. Dr. Christian Prasse | Assoc. Prof. Dr. Georgios Psaroudakis, M.Jur. (Oxford), Universität Thessaloniki | Not. Prof. Thomas Reich | Prof. Dr. Gerhard Ring, TU Bergakademie Freiberg | Dipl.-Jur. Kevin Rösch, Universität Erlangen-Nürnberg | Prof. Dr. Gregor Roth, Universität Leipzig | Prof. Dr. Alexander Schall, M.Jur. (Oxford), Leuphana Universität Lüneburg | VRiOLG Dr. Uwe Schmidt | RA u StB Dr. Uwe Scholz | WPin u StBin Dr. Claudia E. Schrimpf-Dörges | RA Dr. Thilo Schülke | RA, WP u StB Prof. Dr. Matthias Schüppen | Prof. Dr. Michael Stöber, Universität Kiel | RA Dr. Dirk Struckmeier, M.Jur. (Oxford) | Prof. Dr. Michael Szczesny, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg | Dipl.-Kfm., WP u StB Michael Thelen | Prof. Dr. Chris Thomale, LL.M. (Yale), Universität Wien | Dipl.-Kfm. Dr. Ingo Thomas, M.A. (Milwaukee) | Prof. Dr. Patrick Velte, Leuphana Universität Lüneburg | Prof. Dr. Ulrich Voß, Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt | VRiKG Dr. Norbert Vossler | Prof. Dr. Thomas Wiese, Universität Bremen



Nomos

Zitervorschlag: NK-HGB/Bearbeiter § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0542-0

4. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 4. Auflage

Zum Inkrafttreten des MoPeG, des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, am 1. Januar 2024 legen wir die Neuauflage unseres Kommentars vor. Das MoPeG muss im Zentrum der neuen Auflage stehen. Denn es bringt eine der größten Reformen unseres Zivilrechts. Es vollendet einen Prozess, den *Herbert Wiedemann* in seinem fundamentalen Lehrbuch zum Gesellschaftsrecht treffend als die „Verkörperschaftlichung“ der Personengesellschaft beschrieb.

Die eigentlichen Personengesellschaften sind OHG und KG, die schon immer im Verkehr auftraten, Rechte erwarben und Verpflichtungen eingingen, um ihr Handelsgewerbe zu betreiben (§ 124 HGB aF; zuvor Art. 111 ADHGB). Als in Deutschland zum Jahr 1900 die „Grundform“ der BGB-Gesellschaft nachgeschoben wurde (in England gibt es bis heute nur die der OHG entsprechende *partnership*), sollte sie nicht im eigenen Namen auftreten können. Diese Diskrepanz bereinigt das MoPeG, indem es die BGB-Gesellschaft in den wesentlichen Punkten der OHG angleicht. Das ist einerseits verbunden mit einer massiven Normverschiebung ins BGB, das durch den Verweis des § 105 Abs. 3 HGB noch größere Bedeutung für die Personenhandelsgesellschaften erlangt hat; andererseits gibt es aber auch zahlreiche Normdoppelungen (exemplarisch §§ 105 Abs. 2, 108, 116, 126–128, 130, 135, 138 HGB – §§ 705 Abs. 2, 708, 715, 721–721b, 723, 728, 729 BGB), bei denen man sich fragen muss, ob die Verortung der Regelungen in verschiedenen Gesetzen auch unterschiedliche Auslegungen mit sich bringt. Wirklich neu ist für OHG/KG nur die Einführung des Anfechtungsprinzips für Beschlussmängel (§§ 110–113 HGB) sowie deren bezweckte Öffnung für Freiberufler.

Das MoPeG normiert erstmals für *alle* rechtsfähigen Personengesellschaften ausdrücklich die eigene Rechtsträgerschaft (§ 105 Abs. 2 HGB; § 705 Abs. 2 BGB). Sie sind selbständige Rechtsträger, die im eigenen Namen handeln und denen das Gesellschaftsvermögen zugeordnet ist (§ 105 Abs. 3 HGB iVm § 713 BGB). Juristische Personen sollen sie dennoch nicht sein. Das unterscheidet Deutschland von anderen kontinentalen Rechtsordnungen, wo Personengesellschaften als juristische Personen gelten („*personne morale*“, „*legal person*“). Den Weg zur eigentümlichen dritten Form der Rechtssubjektivität hat die Dogmatik der deutschrechtlichen Gesamthandslehre geebnet, wie sie *Werner Flume* im Anschluss an *Otto von Gierke* vertreten hatte und BGHZ 146, 341 „ARGE Weißes Ross“ übernahm. Die Rechtsfortbildung glättete zwar die erheblichen Schwierigkeiten, denen die Praxis bei BGB-Gesellschaften begegnete (Stichwort „Doppelverpflichtungslehre“). Sie brachte es aber mit sich, dass das geltende Recht in Widerspruch zu wesentlichen Aussagen des geschriebenen Gesetzes trat, zB dass das Gesellschaftsvermögen von den Gesellschaftern in gesamthänderischer Bindung gehalten würde – und eben nicht von *der Gesellschaft*. Dies führte gerade bei der OHG zu einer hybriden, eigentlich perplexen Rechtslage: Sie galt zwar als „teilrechtsfähig“, konnte mithin unter eigener Firma erwerben und sich verpflichten, klagen und verklagt werden; aber *ihr* Vermögen war dennoch nach § 105 Abs. 3 HGB iVm § 718 Abs. 1 BGB aF den Gesellschaftern zugeordnet („*gemeinschaftliches Vermögen der Gesellschafter*“). Die Kluft zwischen geschriebenem und gelebtem Recht bereitete der Praxis Schwierigkeiten, Gesellschaftsrichter beklagten sie in vielen Vorlesungen. Einer der ihren war es, der die Reform anstieß. *Heribert Hirte*, seinerzeit MdB, hatte maßgeblichen Anteil daran, dass die Reform auf die Agenda der letzten Legislatur der Ära Merkel kam und der Bundestag sie am 24. Juni 2021 verabschiedete. Die Reform, deren grundlegende Bedeutung schon die ungewöhnlich lange Übergangsfrist von zweieinhalb Jahren zeigt, bringt eine umfassende Neuformulierung der Gesetzesnormen. Zur seit Jahrzehnten geforderten Reform des Kaufmannsbegriffs, der immer noch den Odem der Buddenbrook’schen Standesgesellschaft des 19. Jahrhundert atmet, hin zu einem modernen Unternehmensrecht konnte sich der Gesetzgeber nicht durchringen. Die Entscheidungen des Gesetzgebers werden rechtspolitisch viele nicht befriedigen und zum Ruf nach der nächsten Reform motivieren. Rechtsdogmatisch gilt aber: *alea iacta est*. Die Neuregelung wird nach Art. 20 Abs. 3 GG den Rahmen zur legitimen Rechtsfortbildung künftig wesentlich enger ziehen, als es das vorkonstitutionelle HGB vermochte.

Schon jetzt ist klar, dass aufgrund des MoPeG Detailarbeit für viele Jahre anfällt. An der beteiligten sich die Autorinnen und Autoren dieser Neuauflage. Diese ist aber auch, zwölf Jahre nach der ersten und vier Jahre nach der letzten Auflage, eine turnusmäßige Neuauflage. Daher sind sämtliche Kommentierungen gründlich à jour gebracht. Hier liefert etwa das Haftungsrecht der Kommanditgesellschaft, vom MoPeG bis auf kosmetische Änderungen unberührt, in den letzten Jahren reichlich Material. Gesetzesstand ist der 1. Januar 2024, Bearbeitungsstand ist Frühjahr 2023 – an vielen Stellen konnten aber auch neuere Entwicklungen berücksichtigt werden. Eine wichtige Novelle betrifft die Modernisierung des Registerrechts im Zuge der Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie durch das DiRUG. Mit dem de facto Zusammenfall von Eintragung und Bekanntmachung bei digitaler Verfügbarkeit fragt sich mehr denn je, wie lange noch an der schwer vermittelbaren Sicht vom „*abstrakten Vertrauensschutz*“ durch § 15 HGB festzuhalten ist. Außer dem puren Wortlaut spricht nichts mehr dafür, *diesen* Schutz

ohne vorherige Einsicht ins Handelsregister zu gewähren. Weitere wichtige Änderungen von (außerhalb des MoPeG) an die 100 Paragraphen betreffen Themen der Stärkung der Finanzmarktintegrität, zumal im Bereich von Abschlussprüfung und Bilanzkontrolle, der Pflichten nach der 2. ARRL, in Hinblick auf Insolvenzen und Sanierungen sowie der Lieferkettensorgfaltspflichten. Alles versuchen die anderen mittlerweile 44 Autorinnen und Autoren und wir mit der gebotenen Sorgfalt und Blick auf wissenschaftliche Ansprüche und Bedürfnisse der Praxis fundiert zu kommentieren.

Alles in allem hat sich seit der letzten Auflage so viel Stoff angesammelt, dass es nun an der Zeit für ein Levelling-Up war: Der Heidel/Schall erscheint ab dieser Auflage als NomosKommentar HGB (NK-HGB – der „große Blaue“). Dieser Erfolg wäre ohne den Zuspruch unserer treuen Leserinnen und Leser nicht möglich gewesen. Wir danken für das langjährige, über die Auflagen gewachsene Vertrauen und versprechen: Wir werden auch künftig im größeren Format alles tun, um diesem Vertrauen gerecht zu werden. Zu diesem Zweck freuen wir uns wie immer auf Ihre Wünsche und Anregungen – gerne auch an heidel@meilicke-hoffmann.de und alexander.schall@leuphana.de.

Ihre Herausgeber

Alexander Schall und Thomas Heidel

Dezember 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	5
Bearbeiterverzeichnis	27
Abkürzungsverzeichnis	31
Allgemeines Literaturverzeichnis	41

Handelsgesetzbuch

Erstes Buch Handelsstand

Erster Abschnitt Kaufleute

§ 1 [Istkaufmann]	55
§ 2 [Kannkaufmann]	73
§ 3 [Land- und Forstwirtschaft; Kannkaufmann]	77
§ 4 [aufgehoben]	81
§ 5 [Kaufmann kraft Eintragung]	81
§ 6 [Handelsgesellschaften; Formkaufmann]	90
§ 7 [Kaufmannseigenschaft und öffentliches Recht]	93

Zweiter Abschnitt Handelsregister; Unternehmensregister

§ 8 Handelsregister	95
Anhang zu § 8: Handelsregisterverordnung	128
§ 8a Eintragungen in das Handelsregister; Verordnungsermächtigung	143
§ 8b Unternehmensregister	145
§ 9 Einsichtnahme in das Handelsregister und das Unternehmensregister	154
§ 9a Übertragung der Führung des Unternehmensregisters; Verordnungsermächtigung	160
§ 9b Europäisches System der Registervernetzung	162
§ 9c Informationsaustausch über disqualifizierte Personen über das Europäische System der Registervernetzung	168
§ 10 Bekanntmachung der Eintragungen; Registerbekanntmachungen	171
§ 10a Anwendung der Verordnung (EU) 2016/679	172
§ 11 Offenlegung in der Amtssprache eines Mitgliedstaats der Europäischen Union	174
§ 12 Anmeldungen zur Eintragung und Einreichungen	176
§ 13 Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Sitz im Inland	189
§ 13a Europäische Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz im Inland	199
§§ 13b–13c [aufgehoben]	200
§ 13d Sitz oder Hauptniederlassung im Ausland	201
§ 13e Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz im Ausland	209
§ 13f Zweigniederlassungen von Aktiengesellschaften mit Sitz im Ausland	220
§ 13g Zweigniederlassungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit Sitz im Ausland	227
§ 13h Verlegung des Sitzes einer Hauptniederlassung im Inland	234
§ 14 [Festsetzung von Zwangsgeld]	242
§ 15 [Publizität des Handelsregisters]	248
§ 15a Öffentliche Zustellung	278
§ 16 [Entscheidung des Prozessgerichts]	281

**Dritter Abschnitt
Handelsfirma**

§ 17	[Begriff]	286
§ 18	[Firma des Kaufmanns]	300
§ 19	[Bezeichnung der Firma bei Einzelkaufleuten, einer OHG oder KG]	314
§ 20	[aufgehoben]	319
§ 21	[Fortführung bei Namensänderung]	319
§ 22	[Fortführung bei Erwerb des Handelsgeschäfts]	321
§ 23	[Veräußerungsverbot]	330
§ 24	[Fortführung bei Änderungen im Gesellschafterbestand]	332
§ 25	[Haftung des Erwerbers bei Firmenfortführung]	337
§ 26	[Fristen bei Haftung nach § 25]	356
§ 27	[Haftung des Erben bei Geschäftsfortführung]	360
§ 28	[Eintritt in das Geschäft eines Einzelkaufmanns]	366
§ 29	[Anmeldung der Firma]	379
§ 30	[Unterscheidbarkeit]	381
§ 31	[Änderung der Firma; Erlöschen]	385
§ 32	[Insolvenzverfahren]	388
§ 33	[Juristische Person]	390
§ 34	[Anmeldung und Eintragung von Änderungen]	393
§ 35	[aufgehoben]	394
§ 36	[aufgehoben]	394
§ 37	[Unzulässiger Firmengebrauch]	394
§ 37a	[Angaben auf Geschäftsbriefen]	398

**Vierter Abschnitt
Handelsbücher**

§§ 38–47b	[aufgehoben]	401
-----------	--------------------	-----

**Fünfter Abschnitt
Prokura und Handlungsvollmacht**

Vor §§ 48–58	401
§ 48	[Erteilung der Prokura; Gesamtprokura]	403
§ 49	[Umfang der Prokura]	409
§ 50	[Beschränkung des Umfanges]	414
§ 51	[Zeichnung des Prokuristen]	416
§ 52	[Widerruflichkeit; Unübertragbarkeit; Tod des Inhabers]	417
§ 53	[Anmeldung der Erteilung und des Erlöschens]	421
§ 54	[Handlungsvollmacht]	424
§ 55	[Abschlussvertreter]	428
§ 56	[Angestellte in Laden oder Warenlager]	429
§ 57	[Zeichnung des Handlungsbevollmächtigten]	431
§ 58	[Unübertragbarkeit der Handlungsvollmacht]	431

**Sechster Abschnitt
Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge**

Vor §§ 59–83	433
§ 59	[Handlungsgehilfe]	433
§ 60	[Gesetzliches Wettbewerbsverbot]	436
§ 61	[Verletzung des Wettbewerbsverbots]	447
§ 62	[Fürsorgepflicht des Arbeitgebers]	455

§ 63	[aufgehoben]	458
§ 64	[Gehaltszahlung]	458
§ 65	[Provision]	458
§§ 66–73	[aufgehoben]	463
§ 74	[Vertragliches Wettbewerbsverbot; bezahlte Karenz]	463
§ 74a	[Unverbindliches oder nichtiges Verbot]	484
§ 74b	[Zahlung und Berechnung der Entschädigung]	489
§ 74c	[Anrechnung anderweitigen Erwerbs]	491
§ 75	[Unwirksamwerden des Wettbewerbsverbots]	500
§ 75a	[Verzicht des Prinzipals auf Wettbewerbsverbot]	503
§ 75b	[aufgehoben]	505
§ 75c	[Vertragsstrafe]	506
§ 75d	[Abweichende Vereinbarungen]	507
§ 75e	[aufgehoben]	508
§ 75f	[Sperrabrede unter Arbeitgebern]	508
§ 75g	[Vermittlungshilfe]	513
§ 75h	[Unkenntnis des Mangels der Vertretungsmacht]	513
§§ 76–82	[aufgehoben]	514
§ 82a	[Wettbewerbsverbot des Volontärs]	514
§ 83	[Andere Arbeitnehmer]	514

**Siebenter Abschnitt
Handelsvertreter**

§ 84	[Begriff des Handelsvertreters]	515
§ 85	[Vertragsurkunde]	530
§ 86	[Pflichten des Handelsvertreters]	532
§ 86a	[Pflichten des Unternehmers]	541
§ 86b	[Delkredereprovision]	546
§ 87	[Provisionspflichtige Geschäfte]	550
§ 87a	[Fälligkeit der Provision]	559
§ 87b	[Höhe der Provision]	566
§ 87c	[Abrechnung über die Provision]	570
§ 87d	[Ersatz von Aufwendungen]	577
§ 88	[aufgehoben]	579
§ 88a	[Zurückbehaltungsrecht]	579
§ 89	[Kündigung des Vertrages]	580
§ 89a	[Fristlose Kündigung]	586
§ 89b	[Ausgleichsanspruch]	593
§ 90	[Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse]	609
§ 90a	[Wettbewerbsabrede]	611
§ 91	[Vollmachten des Handelsvertreters]	616
§ 91a	[Mangel der Vertretungsmacht]	617
§ 92	[Versicherungs- und Bausparkassenvertreter]	618
§ 92a	[Mindestarbeitsbedingungen]	619
§ 92b	[Handelsvertreter im Nebenberuf]	621
§ 92c	[Handelsvertreter außerhalb der EG; Schifffahrtsvertreter]	622
Anhang zu § 92c:	Franchise- und Vertragshändlerverträge	623

**Achter Abschnitt
Handelsmakler**

Vor §§ 93–104	650
§ 93 [Begriff]	651
§ 94 [Schlussnote]	671
§ 95 [Vorbehaltene Aufgabe]	673
§ 96 [Aufbewahrung von Proben]	676
§ 97 [Keine Inkassovollmacht]	676
§ 98 [Haftung gegenüber beiden Parteien]	677
§ 99 [Lohnanspruch gegen beide Parteien]	677
§ 100 [Tagebuch]	678
§ 101 [Auszüge aus dem Tagebuch]	678
§ 102 [Vorlegung im Rechtsstreit]	678
§ 103 [Ordnungswidrigkeiten]	678
§ 104 [Kräermakler]	678

**Neunter Abschnitt
Bußgeldvorschriften**

§ 104a Bußgeldvorschrift	679
--------------------------------	-----

**Zweites Buch
Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft**

**Erster Abschnitt
Offene Handelsgesellschaft**

**Erster Titel
Errichtung der Gesellschaft**

§ 105 Begriff der offenen Handelsgesellschaft; Anwendbarkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs	681
Anhang zu § 105: Die OHG im Insolvenzplanverfahren nach ESUG	802
§ 106 Anmeldung zum Handelsregister; Statuswechsel	809
§ 107 Kleingewerbliche, vermögensverwaltende oder freiberufliche Gesellschaft; Statuswechsel	836
Anhang zu § 107 (1): Konzernrecht	848
Anhang zu § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe	900

Zweiter Titel

Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander und der Gesellschafter zur Gesellschaft

§ 108 Gestaltungsfreiheit	925
§ 109 Beschlussfassung	938
§ 110 Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen	942
§ 111 Anfechtungsbefugnis; Rechtsschutzbedürfnis	945
§ 112 Klagefrist	946
§ 113 Anfechtungsklage	948
§ 114 Nichtigkeitsklage	950
§ 115 Verbindung von Anfechtungs- und Feststellungsklage	951
§ 116 Geschäftsführungsbefugnis	952
§ 117 Wettbewerbsverbot	967
§ 118 Verletzung des Wettbewerbsverbots	971
§ 119 Verzinsungspflicht	973
§ 120 Ermittlung von Gewinn- und Verlustanteilen	973

§ 121	Feststellung des Jahresabschlusses	976
§ 122	Gewinnauszahlung	976

Dritter Titel
Rechtsverhältnis der Gesellschaft zu Dritten

§ 123	Entstehung der Gesellschaft im Verhältnis zu Dritten	978
§ 124	Vertretung der Gesellschaft	983
§ 125	Angaben auf Geschäftsbriefen	993
§ 125a	[nicht mehr belegt]	996
§ 126	Persönliche Haftung der Gesellschafter	996
§ 127	Haftung des eintretenden Gesellschafters	1015
§ 128	Einwendungen und Einreden des Gesellschafters	1018
§ 129	Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschaft oder gegen ihre Gesellschafter	1023
§ 129a	[nicht mehr belegt]	1025

Vierter Titel
Ausscheiden eines Gesellschafters

§ 130	Gründe für das Ausscheiden; Zeitpunkt des Ausscheidens	1025
§§ 130a, 130b	[nicht mehr belegt]	1038
§ 131	Fortsetzung mit dem Erben; Ausscheiden des Erben	1038
§ 132	Kündigung der Mitgliedschaft durch den Gesellschafter	1049
§ 133	Kündigung der Mitgliedschaft durch einen Privatgläubiger des Gesellschafters	1070
§ 134	Gerichtliche Entscheidung über Ausschließungsklage	1080
§ 135	Ansprüche des ausgeschiedenen Gesellschafters	1102
§ 136	Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters für Fehlbetrag	1116
§ 137	Nachhaftung des ausgeschiedenen Gesellschafters	1118

Fünfter Titel
Auflösung der Gesellschaft

§ 138	Auflösungsgründe	1125
§ 139	Auflösung durch gerichtliche Entscheidung	1133
§ 140	Auflösungsbeschluss	1145
§ 141	Anmeldung der Auflösung	1147
§ 142	Fortsetzung der Gesellschaft	1150

Sechster Titel
Liquidation der Gesellschaft

§ 143	Notwendigkeit der Liquidation; anwendbare Vorschriften	1155
§ 144	Liquidatoren	1162
§ 145	Gerichtliche Berufung und Abberufung von Liquidatoren	1166
§ 146	Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der Liquidatoren	1169
§ 147	Anmeldung der Liquidatoren	1173
§ 148	Rechtsstellung der Liquidatoren	1175
§ 149	Haftung des Gesellschafters für Fehlbetrag	1186
§ 150	Anmeldung des Erlöschens der Firma	1187
§ 151	Verjährung von Ansprüchen aus der Gesellschafterhaftung	1188
§ 152	Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen; Einsicht in die Geschäftsunterlagen	1191
§§ 153–160	[nicht mehr belegt]	1192

**Zweiter Abschnitt
Kommanditgesellschaft**

§ 161	[Begriff der KG; Anwendbarkeit der OHG-Vorschriften]	1192
§ 162	[Anmeldung zum Handelsregister]	1217
§ 163	[Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander]	1224
§ 164	Geschäftsführungsbefugnis	1231
§ 165	[Wettbewerbsverbot]	1241
§ 166	Informationsrecht der Kommanditisten	1244
§ 167	Verlustbeteiligung	1251
§ 168	[aufgehoben]	1256
§ 169	[Gewinnauszahlung]	1256
§ 170	Vertretung der Kommanditgesellschaft	1258
§ 171	[Haftung des Kommanditisten]	1260
§ 172	[Umfang der Haftung]	1312
§ 172a	[aufgehoben]	1330
§ 173	[Haftung bei Eintritt als Kommanditist]	1331
§ 174	[Herabsetzung der Haftsumme]	1340
§ 175	[Anmeldung der Änderung einer Haftsumme]	1341
§ 176	[Haftung vor Eintragung]	1342
§ 177	[Tod eines Kommanditisten]	1352
§ 177a	[Angaben auf Geschäftsbriefen]	1355
Anhang zu § 177a (1): § 706 BGB – Sitz der Gesellschaft		1355
Anhang zu § 177a (2): GmbH & Co. KG		1374
§ 178	Liquidation der Kommanditgesellschaft	1391
§ 179	Insolvenz der Kommanditgesellschaft	1392
§§ 180–229	[aufgehoben]	1394

**Dritter Abschnitt
Stille Gesellschaft**

§ 230	[Begriff und Wesen der stillen Gesellschaft]	1395
§ 231	[Gewinn und Verlust]	1407
§ 232	[Gewinn- und Verlustrechnung]	1410
§ 233	Informationsrecht des stillen Gesellschafters	1414
§ 234	[Kündigung der Gesellschaft; Tod des stillen Gesellschafters]	1419
§ 235	[Auseinandersetzung]	1425
§ 236	[Insolvenz des Inhabers]	1428
§ 237	[aufgehoben]	1432

**Drittes Buch
Handelsbücher**

**Erster Abschnitt
Vorschriften für alle Kaufleute**

Erster Unterabschnitt Buchführung. Inventar

§ 238	Buchführungspflicht	1433
§ 239	Führung der Handelsbücher	1439
§ 240	Inventar	1444
§ 241	Inventurvereinfachungsverfahren	1448
§ 241a	Befreiung von der Pflicht zur Buchführung und Erstellung eines Inventars	1452

Zweiter Unterabschnitt Eröffnungsbilanz. Jahresabschluß

**Erster Titel
Allgemeine Vorschriften**

Vor §§ 242–245	1455
§ 242 Pflicht zur Aufstellung	1455
§ 243 Aufstellungsgrundsatz	1459
§ 244 Sprache. Währungseinheit	1467
§ 245 Unterzeichnung	1469

**Zweiter Titel
Ansatzvorschriften**

Vor §§ 246–251	1471
§ 246 Vollständigkeit. Verrechnungsverbot	1472
§ 247 Inhalt der Bilanz	1488
§ 248 Bilanzierungsverbote und -wahlrechte	1492
§ 249 Rückstellungen	1497
§ 250 Rechnungsabgrenzungsposten	1516
§ 251 Haftungsverhältnisse	1521

**Dritter Titel
Bewertungsvorschriften**

Vor §§ 252–256a	1530
§ 252 Allgemeine Bewertungsgrundsätze	1531
§ 253 Zugangs- und Folgebewertung	1543
§ 254 Bildung von Bewertungseinheiten	1564
§ 255 Bewertungsmaßstäbe	1569
§ 256 Bewertungsvereinfachungsverfahren	1593
§ 256a Währungsumrechnung	1597

Dritter Unterabschnitt Aufbewahrung und Vorlage

§ 257 Aufbewahrung von Unterlagen. Aufbewahrungsfristen	1600
§ 258 Vorlegung im Rechtsstreit	1606
§ 259 Auszug bei Vorlegung im Rechtsstreit	1609
§ 260 Vorlegung bei Auseinandersetzungen	1610
§ 261 Vorlegung von Unterlagen auf Bild- oder Datenträgern	1611

Vierter Unterabschnitt Landesrecht

§ 262 [aufgehoben]	1612
§ 263 Vorbehalt landesrechtlicher Vorschriften	1612

**Zweiter Abschnitt
Ergänzende Vorschriften für Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften,
Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung)
sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften**

Vorbemerkung zum Zweiten Abschnitt	1613
--	------

Erster Unterabschnitt Jahresabschluß der Kapitalgesellschaft und Lagebericht

**Erster Titel
Allgemeine Vorschriften**

Vor §§ 264–265	1614
§ 264 Pflicht zur Aufstellung; Befreiung	1614

§ 264a	Anwendung auf bestimmte offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften	1626
§ 264b	Befreiung der offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften im Sinne des § 264a von der Anwendung der Vorschriften dieses Abschnitts	1629
§ 264c	Besondere Bestimmungen für offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften im Sinne des § 264a	1633
§ 264d	Kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft	1641
§ 265	Allgemeine Grundsätze für die Gliederung	1643

**Zweiter Titel
Bilanz**

Vor §§ 266–274a	1650	
§ 266	Gliederung der Bilanz	1650
§ 267	Umschreibung der Größenklassen	1664
§ 267a	Kleinstkapitalgesellschaften	1668
§ 268	Vorschriften zu einzelnen Posten der Bilanz. Bilanzvermerke	1672
§ 269	[aufgehoben]	1682
§ 270	Bildung bestimmter Posten	1682
§ 271	Beteiligungen. Verbundene Unternehmen	1684
§ 272	Eigenkapital	1689
§ 273	[aufgehoben]	1705
§ 274	Latente Steuern	1705
§ 274a	Größenabhängige Erleichterungen	1719

**Dritter Titel
Gewinn- und Verlustrechnung**

Vor §§ 275–278	1721	
§ 275	Gliederung	1721
§ 276	Größenabhängige Erleichterungen	1735
§ 277	Vorschriften zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	1737
§ 278	[aufgehoben]	1739

**Vierter Titel
[aufgehoben]**

§§ 279–283 [aufgehoben]	1739
-------------------------------	------

**Fünfter Titel
Anhang**

Vor §§ 284–288	1739	
§ 284	Erläuterung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	1740
§ 285	Sonstige Pflichtangaben	1753
§ 286	Unterlassen von Angaben	1788
§ 287	[aufgehoben]	1791
§ 288	Größenabhängige Erleichterungen	1791

**Sechster Titel
Lagebericht**

§ 289	Inhalt des Lageberichts	1794
§ 289a	Ergänzende Vorgaben für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1808
§ 289b	Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung, Befreiungen	1812
§ 289c	Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung	1818

§ 289d	Nutzung von Rahmenwerken	1821
§ 289e	Weglassen nachteiliger Angaben	1822
§ 289f	Erklärung zur Unternehmensführung	1823

Zweiter Unterabschnitt Konzernabschluß und Konzernlagebericht

**Erster Titel
Anwendungsbereich**

Vor §§ 290–293	1832	
§ 290	Pflicht zur Aufstellung	1833
§ 291	Befreiende Wirkung von EU/EWR-Konzernabschlüssen	1841
§ 292	Befreiende Wirkung von Konzernabschlüssen aus Drittstaaten	1845
§ 292a	[aufgehoben]	1848
§ 293	Größenabhängige Befreiungen	1848

**Zweiter Titel
Konsolidierungskreis**

Vor §§ 294, 296	1852	
§ 294	Einzubeziehende Unternehmen. Vorlage- und Auskunftspflichten	1852
§ 295	[aufgehoben]	1854
§ 296	Verzicht auf die Einbeziehung	1855

**Dritter Titel
Inhalt und Form des Konzernabschlusses**

Vor §§ 297–299	1860	
§ 297	Inhalt	1860
§ 298	Anzuwendende Vorschriften. Erleichterungen	1870
§ 299	Stichtag für die Aufstellung	1875

**Vierter Titel
Vollkonsolidierung**

Vor §§ 300–307	1878	
§ 300	Konsolidierungsgrundsätze. Vollständigkeitsgebot	1878
§ 301	Kapitalkonsolidierung	1882
§ 302	[aufgehoben]	1902
§ 303	Schuldenkonsolidierung	1902
§ 304	Behandlung der Zwischenergebnisse	1908
§ 305	Aufwands- und Ertragskonsolidierung	1912
§ 306	Latente Steuern	1913
§ 307	Anteile anderer Gesellschafter	1922

**Fünfter Titel
Bewertungsvorschriften**

Vor §§ 308–309	1928	
§ 308	Einheitliche Bewertung	1928
§ 308a	Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen	1932
§ 309	Behandlung des Unterschiedsbetrags	1935

**Sechster Titel
Anteilmäßige Konsolidierung**

Vor § 310	1940	
§ 310	Anteilmäßige Konsolidierung	1940

Siebenter Titel	
Assoziierte Unternehmen	
Vor §§ 311–312	1946
§ 311 Definition. Befreiung	1946
§ 312 Wertansatz der Beteiligung und Behandlung des Unterschiedsbetrags	1950
Achter Titel	
Konzernanhang	
Vor §§ 313–314	1961
§ 313 Erläuterung der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Angaben zum Beteiligungsbesitz	1962
§ 314 Sonstige Pflichtangaben	1974
Neunter Titel	
Konzernlagebericht	
§ 315 Inhalt des Konzernlageberichts	1987
§ 315a Ergänzende Vorschriften für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1992
§ 315b Pflicht zur nichtfinanziellen Konzernklärung, Befreiungen	1995
§ 315c Inhalt der nichtfinanziellen Konzernklärung	1999
§ 315d Konzernklärung zur Unternehmensführung	2000
Zehnter Titel	
Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards	
Vor § 315e	2002
§ 315e [Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards]	2002
Dritter Unterabschnitt Prüfung	
Vor §§ 316–324a	2009
§ 316 Pflicht zur Prüfung	2021
§ 316a Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse	2028
§ 317 Gegenstand und Umfang der Prüfung	2033
§ 318 Bestellung und Abberufung des Abschlußprüfers	2046
Anhang zu § 318: Art. 16 und 17 EU-APrVO, § 43 WPO	2057
§ 319 Auswahl der Abschlussprüfer und Ausschlussgründe	2071
Anhang zu § 319: Art. 4–6 EU-APrVO	2082
§ 319a Besondere Ausschlussgründe bei Unternehmen von öffentlichem Interesse [aufgehoben]	2094
§ 319b Netzwerk	2095
§ 320 Vorlagepflicht. Auskunftsrecht	2098
Anhang zu § 320: Art. 18 EU-APrVO	2103
§ 321 Prüfungsbericht	2104
Anhang zu § 321: Art. 11, Art. 7 und Art. 12 EU-APrVO	2111
§ 321a Offenlegung des Prüfungsberichts in besonderen Fällen	2118
§ 322 Bestätigungsvermerk	2122
Anhang zu § 322: Art. 10 EU-APrVO	2130
§ 323 Verantwortlichkeit des Abschlußprüfers	2134
§ 324 Prüfungsausschuss	2144
§ 324a Anwendung auf den Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a	2153

**Vierter Unterabschnitt Offenlegung, Prüfung durch die
das Unternehmensregister führende Stelle**

§ 325	Offenlegung	2155
§ 325a	Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit Sitz im Ausland	2165
§ 326	Größenabhängige Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften und Kleinstkapitalgesellschaften bei der Offenlegung	2168
§ 327	Größenabhängige Erleichterungen für mittelgroße Kapitalgesellschaften bei der Offenlegung	2169
§ 327a	Erleichterung für bestimmte kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften	2170
§ 328	Form, Format und Inhalt der Unterlagen bei der Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung	2171
§ 329	Prüfungs- und Unterrichtungspflicht der das Unternehmensregister führenden Stelle	2174

**Fünfter Unterabschnitt Verordnungsermächtigung für Formblätter
und andere Vorschriften**

§ 330	[Verordnungsermächtigung für Formblätter und andere Vorschriften]	2176
-------	---	------

Sechster Unterabschnitt Straf- und Bußgeldvorschriften. Ordnungsgelder

**Erster Titel
Straf- und Bußgeldvorschriften**

§ 331	Unrichtige Darstellung	2179
§ 331a	Unrichtige Versicherung	2181
§ 332	Verletzung der Berichtspflicht	2181
§ 333	Verletzung der Geheimhaltungspflicht	2183
§ 333a	Verletzung der Pflichten bei Abschlussprüfungen	2184
§ 334	Bußgeldvorschriften	2185

**Zweiter Titel
Ordnungsgelder**

§ 335	Festsetzung von Ordnungsgeld; Verordnungsermächtigungen	2188
§ 335a	Beschwerde gegen die Festsetzung von Ordnungsgeld; Rechtsbeschwerde; Verordnungsermächtigung	2196

**Dritter Titel
Gemeinsame Vorschriften für Straf-, Bußgeld- und Ordnungsgeldverfahren**

§ 335b	Anwendung der Straf- und Bußgeld- sowie der Ordnungsgeldvorschriften auf bestimmte offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften	2199
§ 335c	Mitteilungen an die Abschlussprüferaufsichtsstelle	2199

**Dritter Abschnitt
Ergänzende Vorschriften für eingetragene Genossenschaften**

§ 336	Pflicht zur Aufstellung von Jahresabschluß und Lagebericht	2200
§ 337	Vorschriften zur Bilanz	2201
§ 338	Vorschriften zum Anhang	2203
§ 339	Offenlegung	2204

Vierter Abschnitt	
Ergänzende Vorschriften für bestimmte Unternehmen	
Erster Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute, Wertpapierinstitute, Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute	
Erster Titel	
Anwendungsbereich	
§ 340 [Anwendungsbereich]	2206
Zweiter Titel	
Jahresabschluß, Lagebericht, Zwischenabschluß	
§ 340a Anzuwendende Vorschriften	2207
§ 340b Pensionsgeschäfte	2208
§ 340c Vorschriften zur Gewinn- und Verlustrechnung und zum Anhang	2208
§ 340d Fristengliederung	2209
Dritter Titel	
Bewertungsvorschriften	
§ 340e Bewertung von Vermögensgegenständen	2209
§ 340f Vorsorge für allgemeine Bankrisiken	2210
§ 340g Sonderposten für allgemeine Bankrisiken	2210
Vierter Titel	
Währungsumrechnung	
§ 340h Währungsumrechnung	2210
Fünfter Titel	
Konzernabschluß, Konzernlagebericht, Konzernzwischenabschluß	
§ 340i Pflicht zur Aufstellung	2210
§ 340j Einzubeziehende Unternehmen	2211
Sechster Titel	
Prüfung	
§ 340k [Prüfung]	2211
Siebenter Titel	
Offenlegung	
§ 340l [Offenlegung]	2213
Achter Titel	
Straf- und Bußgeldvorschriften, Ordnungsgelder	
§ 340m Strafvorschriften	2214
§ 340n Bußgeldvorschriften	2214
§ 340o Festsetzung von Ordnungsgeld	2217
Zweiter Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds	
Erster Titel	
Anwendungsbereich	
§ 341 [Anwendungsbereich]	2218

Zweiter Titel	
Jahresabschluß, Lagebericht	
§ 341a	Anzuwendende Vorschriften 2218
Dritter Titel	
Bewertungsvorschriften	
§ 341b	Bewertung von Vermögensgegenständen 2219
§ 341c	Namensschuldverschreibungen, Hypothekendarlehen und andere Forderungen 2220
§ 341d	Anlagestock der fondsgebundenen Lebensversicherung 2220
Vierter Titel	
Versicherungstechnische Rückstellungen	
§ 341e	Allgemeine Bilanzierungsgrundsätze 2220
§ 341f	Deckungsrückstellung 2221
§ 341g	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle 2221
§ 341h	Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen 2221
Fünfter Titel	
Konzernabschluß, Konzernlagebericht	
§ 341i	Aufstellung, Fristen 2222
§ 341j	Anzuwendende Vorschriften 2222
Sechster Titel	
Prüfung	
§ 341k	[Prüfung] 2223
Siebenter Titel	
Offenlegung	
§ 341l	[Offenlegung] 2223
Achter Titel	
Straf- und Bußgeldvorschriften, Ordnungsgelder	
§ 341m	Strafvorschriften 2224
§ 341n	Bußgeldvorschriften 2224
§ 341o	Festsetzung von Ordnungsgeld 2226
§ 341p	Anwendung der Straf- und Bußgeld- sowie der Ordnungsgeldvorschriften auf Pensionsfonds 2227
Dritter Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für bestimmte Unternehmen des Rohstoffsektors	
Erster Titel	
Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	
§ 341q	Anwendungsbereich 2227
§ 341r	Begriffsbestimmungen 2227
Zweiter Titel	
Zahlungsbericht, Konzernzahlungsbericht und Offenlegung	
§ 341s	Pflicht zur Erstellung des Zahlungsberichts; Befreiungen 2228
§ 341t	Inhalt des Zahlungsberichts 2228
§ 341u	Gliederung des Zahlungsberichts 2229
§ 341v	Konzernzahlungsbericht; Befreiung 2229
§ 341w	Offenlegung 2230

Dritter Titel	
Bußgeldvorschriften, Ordnungsgelder	
§ 341x	Bußgeldvorschriften 2230
§ 341y	Ordnungsgeldvorschriften 2231
Vierter Unterabschnitt Ergänzende Vorschriften für bestimmte umsatzstarke multinationale Unternehmen und Konzerne	
Erster Titel	
Anwendungsbereich; Begriffsbestimmungen	
§ 342	Anwendungsbereich 2231
§ 342a	Begriffsbestimmungen 2231
Zweiter Titel	
Pflicht zur Ertragsteuerinformationsberichterstattung	
§ 342b	Unverbundene Unternehmen mit Sitz im Inland 2232
§ 342c	Oberste Mutterunternehmen mit Sitz im Inland 2232
§ 342d	Tochterunternehmen mit Sitz im Inland von obersten Mutterunternehmen mit Sitz in einem Drittstaat 2233
§ 342e	Inländische Zweigniederlassungen unverbundener Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat 2234
§ 342f	Inländische Zweigniederlassungen verbundener Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat 2235
Dritter Titel	
Einzubeziehende Unternehmen; Inhalt und Form des Ertragsteuerinformationsberichts	
§ 342g	Einzubeziehende Unternehmen 2236
§ 342h	Pflichtangaben 2236
§ 342i	Länderbezogener Ausweis der Angaben 2237
§ 342j	Währung 2237
§ 342k	Weglassen nachteiliger Angaben 2237
§ 342l	Formblatt; maschinenlesbares elektronisches Format 2238
Vierter Titel	
Offenlegung und Veröffentlichung	
§ 342m	Offenlegung im Unternehmensregister 2238
§ 342n	Veröffentlichung auf der Internetseite der Gesellschaft 2239
Fünfter Titel	
Bußgeldvorschriften; Ordnungsgelder	
§ 342o	Bußgeldvorschriften 2240
§ 342p	Ordnungsgelder 2240
Fünfter Abschnitt	
Privates Rechnungslegungsgremium; Rechnungslegungsbeirat	
§ 342q	Privates Rechnungslegungsgremium 2240
§ 342r	Rechnungslegungsbeirat 2243
Anhang zu § 342r (1): §§ 106–113a WpHG 2244	
Anhang zu § 342r (2): Unternehmensbewertung 2260	

**Viertes Buch
Handelsgeschäfte**

**Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften**

§ 343	[Begriff der Handelsgeschäfte]	2276
§ 344	[Vermutung für das Handelsgeschäft]	2278
§ 345	[Einseitige Handelsgeschäfte]	2283
§ 346	[Handelsbräuche]	2284
§ 347	[Sorgfaltspflicht]	2320
§ 348	[Vertragsstrafe]	2339
§ 349	[Keine Einrede der Vorausklage]	2343
§ 350	[Formfreiheit]	2346
§ 351	[aufgehoben]	2350
§ 352	[Gesetzlicher Zinssatz]	2350
§ 353	[Fälligkeitszinsen]	2352
§ 354	[Provision; Lagergeld; Zinsen]	2354
§ 354a	[Wirksamkeit der Abtretung einer Geldforderung]	2358
§ 355	[Laufende Rechnung, Kontokorrent]	2363
§ 356	[Sicherheiten]	2376
§ 357	[Pfändung des Saldos]	2378
§ 358	[Zeit der Leistung]	2382
§ 359	[Vereinbarte Zeit der Leistung; „acht Tage“]	2383
§ 360	[Gattungsschuld]	2384
§ 361	[Maß, Gewicht, Währung, Zeitrechnung und Entfernungen]	2385
§ 362	[Schweigen des Kaufmanns auf Anträge]	2387
§ 363	[Kaufmännische Orderpapiere]	2393
§ 364	[Indossament]	2397
§ 365	[Anwendung des Wechselrechts; Aufgebotsverfahren]	2401
§ 365a	[Elektronische Transportversicherungspolice]	2404
§ 366	[Gutgläubiger Erwerb von beweglichen Sachen]	2405
§ 367	[Gutgläubiger Erwerb gewisser Wertpapiere]	2410
§ 368	[Pfandverkauf]	2413
§ 369	[Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht]	2414
§ 370	[aufgehoben]	2422
§ 371	[Befriedigungsrecht]	2422
§ 372	[Eigentumsfiktion und Rechtskraftwirkung bei Befriedigungsrecht]	2427
Anhang zu § 372:	Grundlagen des Bankrechtes	2429

**Zweiter Abschnitt
Handelskauf**

Vor §§ 373–381	2492	
§ 373	[Annahmeverzug des Käufers]	2498
§ 374	[Vorschriften des BGB über Annahmeverzug]	2506
§ 375	[Bestimmungskauf]	2508
§ 376	[Fixhandelskauf]	2514
§ 377	[Untersuchungs- und Rügepflicht]	2521
§ 378	[aufgehoben]	2551
§ 379	[Einstweilige Aufbewahrung; Notverkauf]	2551
§ 380	[Taragewicht]	2557

§ 381	[Kauf von Wertpapieren; Werklieferungsvertrag]	2559
§ 382	[aufgehoben]	2562

**Dritter Abschnitt
Kommissionsgeschäft**

§ 383	[Kommissionär; Kommissionsvertrag]	2563
§ 384	[Pflichten des Kommissionärs]	2569
§ 385	[Weisungen des Kommittenten]	2574
§ 386	[Preisgrenzen]	2575
§ 387	[Vorteilhafterer Abschluss]	2576
§ 388	[Beschädigtes oder mangelhaftes Kommissionsgut]	2576
§ 389	[Hinterlegung; Selbsthilfeverkauf]	2577
§ 390	[Haftung des Kommissionärs für das Gut]	2578
§ 391	[Untersuchungs- und Rügepflicht; Aufbewahrung; Notverkauf]	2578
§ 392	[Forderungen aus dem Kommissionsgeschäft]	2579
§ 393	[Vorschuss; Kredit]	2583
§ 394	[Delkredere]	2584
§ 395	[Wechselindossament]	2585
§ 396	[Provision des Kommissionärs; Ersatz von Aufwendungen]	2585
§ 397	Pfandrecht des Kommissionärs	2587
§ 398	[Befriedigung aus eigenem Kommissionsgut]	2588
§ 399	[Befriedigung aus Forderungen]	2588
§ 400	[Selbsteintritt des Kommissionärs]	2589
§ 401	[Deckungsgeschäft]	2591
§ 402	[Unabdingbarkeit]	2592
§ 403	[Provision bei Selbsteintritt]	2592
§ 404	[Gesetzliches Pfandrecht]	2592
§ 405	[Ausführungsanzeige und Selbsteintritt; Widerruf der Kommission]	2592
§ 406	[Ähnliche Geschäfte]	2593

**Vierter Abschnitt
Frachtgeschäft**

Erster Unterabschnitt Allgemeine Vorschriften

Vor §§ 407–450	2594	
§ 407	Frachtvertrag	2599
§ 408	Frachtbrief. Verordnungsermächtigung	2604
§ 409	Beweiskraft des Frachtbriefs	2607
§ 410	Gefährliches Gut	2610
§ 411	Verpackung. Kennzeichnung	2612
§ 412	Verladen und Entladen. Verordnungsermächtigung	2614
§ 413	Begleitpapiere	2617
§ 414	Verschuldensunabhängige Haftung des Absenders in besonderen Fällen	2620
§ 415	Kündigung durch den Absender	2622
§ 416	Anspruch auf Teilbeförderung	2624
§ 417	Rechte des Frachtführers bei Nichteinhaltung der Ladezeit	2625
§ 418	Nachträgliche Weisungen	2626
§ 419	Beförderungs- und Ablieferungshindernisse	2628
§ 420	Zahlung. Frachtberechnung	2631
§ 421	Rechte des Empfängers. Zahlungspflicht	2633
§ 422	Nachnahme	2635

§ 423	Lieferfrist	2637
§ 424	Verlustvermutung	2638
§ 425	Haftung für Güter- und Verspätungsschäden. Schadensteilung	2640
§ 426	Haftungsausschluß	2644
§ 427	Besondere Haftungsausschlußgründe	2645
§ 428	Haftung für andere	2648
§ 429	Wertersatz	2649
§ 430	Schadensfeststellungskosten	2650
§ 431	Haftungshöchstbetrag	2651
§ 432	Ersatz sonstiger Kosten	2653
§ 433	Haftungshöchstbetrag bei sonstigen Vermögensschäden	2654
§ 434	Außervertragliche Ansprüche	2656
§ 435	Wegfall der Haftungsbefreiungen und -begrenzungen	2658
§ 436	Haftung der Leute	2663
§ 437	Ausführender Frachtführer	2664
§ 438	Schadensanzeige	2665
§ 439	Verjährung	2667
§ 440	Pfandrecht des Frachtführers	2670
§ 441	Nachfolgender Frachtführer	2672
§ 442	Rang mehrerer Pfandrechte	2674
§ 443	Ladeschein. Verordnungsermächtigung	2674
§ 444	Wirkung des Ladescheins. Legitimation	2675
§ 445	Ablieferung gegen Rückgabe des Ladescheins	2676
§ 446	Befolgung von Weisungen	2678
§ 447	Einwendungen	2678
§ 448	Traditionswirkung des Ladescheins	2679
§ 449	Abweichende Vereinbarungen über die Haftung	2679
§ 450	Anwendung von Seefrachtrecht	2683

Zweiter Unterabschnitt Beförderung von Umzugsgut

Vor §§ 451–451h	2683
§ 451 Umzugsvertrag	2684
§ 451a Pflichten des Frachtführers	2685
§ 451b Frachtbrief. Gefährliches Gut. Begleitpapiere. Mitteilungs- und Auskunftspflichten	2685
§ 451c [aufgehoben]	2686
§ 451d Besondere Haftungsausschlußgründe	2686
§ 451e Haftungshöchstbetrag	2687
§ 451f Schadensanzeige	2688
§ 451g Wegfall der Haftungsbefreiungen und -begrenzungen	2688
§ 451h Abweichende Vereinbarungen	2689

Dritter Unterabschnitt Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln

Vor §§ 452–452d	2690
§ 452 Frachtvertrag über eine Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln	2691
§ 452a Bekannter Schadensort	2693
§ 452b Schadensanzeige. Verjährung	2694
§ 452c Umzugsvertrag über eine Beförderung mit verschiedenartigen Beförderungsmitteln	2694
§ 452d Abweichende Vereinbarungen	2695

**Fünfter Abschnitt
Speditionsgeschäft**

Vor §§ 453–466	2702
§ 453 Speditionsvertrag	2704
§ 454 Besorgung der Versendung	2706
§ 455 Behandlung des Gutes. Begleitpapiere. Mitteilungs- und Auskunftspflichten	2710
§ 456 Fälligkeit der Vergütung	2712
§ 457 Forderungen des Versenders	2712
§ 458 Selbsteintritt	2713
§ 459 Spedition zu festen Kosten	2714
§ 460 Sammelladung	2715
§ 461 Haftung des Spediteurs	2716
§ 462 Haftung für andere	2718
§ 463 Verjährung	2719
§ 464 Pfandrecht des Spediteurs	2719
§ 465 Nachfolgender Spediteur	2720
§ 466 Abweichende Vereinbarungen über die Haftung	2721

**Sechster Abschnitt
Lagergeschäft**

§ 467 Lagervertrag	2722
§ 468 Behandlung des Gutes. Begleitpapiere. Mitteilungs- und Auskunftspflichten	2726
§ 469 Sammellagerung	2727
§ 470 Empfang des Gutes	2728
§ 471 Erhaltung des Gutes	2729
§ 472 Versicherung. Einlagerung bei einem Dritten	2731
§ 473 Dauer der Lagerung	2732
§ 474 Aufwendungsersatz	2733
§ 475 Haftung für Verlust oder Beschädigung	2733
§ 475a Verjährung	2735
§ 475b Pfandrecht des Lagerhalters	2736
§ 475c Lagerschein. Verordnungsermächtigung	2737
§ 475d Wirkung des Lagerscheins. Legitimation	2738
§ 475e Auslieferung gegen Rückgabe des Lagerscheins	2739
§ 475f Einwendungen	2739
§ 475g Traditionswirkung des Lagerscheins	2740
§ 475h Abweichende Vereinbarungen	2740
Anhang zu § 475h (1): Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017 (ADSp 2017)	2741
Anhang zu § 475h (2): Logistik und Logistik-AGB	2754

**Fünftes Buch
Seehandel**

[§§ 476–619 hier nicht wiedergegeben]	2763
Stichwortverzeichnis	2765

Verzeichnis der Anhänge

Anhang zu § 8: Handelsregisterverordnung	128
Anhang zu § 92c: Franchise- und Vertragshändlerverträge	623
Anhang zu § 105: Die OHG im Insolvenzplanverfahren nach ESUG	802
Anhang zu § 107 (1): Konzernrecht	848
Anhang zu § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe	900
Anhang zu § 177a (1): § 706 BGB – Sitz der Gesellschaft	1355
Anhang zu § 177a (2): GmbH & Co. KG	1374
Anhang zu § 318: Art. 16 und 17 EU-APrVO, § 43 WPO	2057
Anhang zu § 319: Art. 4–6 EU-APrVO	2082
Anhang zu § 320: Art. 18 EU-APrVO	2103
Anhang zu § 321: Art. 11, Art. 7 und Art. 12 EU-APrVO	2111
Anhang zu § 322: Art. 10 EU-APrVO	2130
Anhang zu § 342r (1): §§ 106–113a WpHG	2244
Anhang zu § 342r (2): Unternehmensbewertung	2260
Anhang zu § 372: Grundlagen des Bankrechtes	2429
Anhang zu § 475h (1): Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017 (ADSp 2017)	2741
Anhang zu § 475h (2): Logistik und Logistik-AGB	2754

Bearbeiterverzeichnis

<i>Dr. Irini Abouzaridi</i> Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Bonn	§§ 84–92c (fortgeführt, in der Voraufll. <i>J. Keßler</i>)
<i>Wjatscheslaw Anissimov</i> Rechtsanwalt, Köln	§§ 143–150, 152, 178
<i>Prof. Dr. Andreas J. Baumert</i> Rechtsanwalt und Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Achern	§ 179
<i>Dr. Stefanie Bergmann, LL.M. (Madison-Wisconsin)</i> Rechtsanwältin und Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht, Hamburg	Anh. § 177a (2): GmbH & Co. KG
<i>Dr. Stefanie Deckers</i> Rechtsanwältin und Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht, Bonn	§§ 272, 289a (jeweils gemeinsam mit <i>Scholz</i>)
<i>PD Dr. Andreas Dieckmann</i> Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	§§ 267–271
<i>Dr. Markus Dinkelbach</i> Rechtsanwalt, Köln	§§ 335–339 (fortgeführt, in der Voraufll. <i>Stork</i>)
<i>Achim Dörner, LL.M.</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Ludwigsburg	§§ 331–334 (fortgeführt, in der Voraufll. <i>Stork</i>)
<i>Dr. Stephanie Eberl, LL.M. oec.</i> Rechtsanwältin, München	§§ 137, 151, 161–170, 355–372
<i>Dipl.-Kfm. Peter Ebert</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Leipzig	§ 265, Vor §§ 266–274a, § 266
<i>Prof. Dr. Robert Freitag, Maître en droit (Bordeaux)</i> Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Richter am Oberlandesgericht Nürnberg	§§ 123, 124 § 129 (gemeinsam mit <i>Rösch</i>)
<i>Dipl.-Kfm. Dr. Andreas Gattung</i> Wolfsburg	Vor §§ 290–293, §§ 290–293, Vor §§ 294, 296, §§ 294, 296, Vor §§ 300–307, §§ 300–305, 307, Vor § 315e, § 315e (jeweils gemeinsam mit <i>M. Keßler</i>)
<i>Dipl.-Kffr. (FH) Anke Hahn</i> Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin, Viersen	§ 250
<i>Dr. Thomas Heidel</i> Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht und für Handels- und Gesellschaftsrecht, Bonn	§ 105 A., B. I., III. § 105 B. II. (fortgeführt, in der Voraufll. <i>Seeger</i>) §§ 106, 107, 130, 132–136, 138–142
<i>Dipl.-Kfm. Norbert Heinemann</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Düsseldorf	Vor §§ 275–278, §§ 275–277

<i>Dipl.-Finanzwirt Dr. Martin Heyes, LL.M.</i> Steuerberater, Neuss	Vor §§ 246–251, §§ 246–248, Vor §§ 252–256a, §§ 252–256a, §§ 274, 274a, Vor §§ 297–299, §§ 297–299, § 306, Vor §§ 308– 309, §§ 308–309, Vor § 310, § 310, Vor §§ 311–312, §§ 311–312 (je- weils gemeinsam mit <i>Thelen</i>)
<i>Dr. Torben Illner</i> Richter am Landgericht, Bonn	§ 315a
<i>Dr. Tobias Keller</i> Rechtsanwalt, Düsseldorf	§§ 325–330
<i>Dr. Marco Keßler</i> Saarbrücken	Vor §§ 290–293, §§ 290–293, Vor §§ 294, 296, §§ 294, 296, Vor §§ 300–307, §§ 300–305, 307, Vor § 315e, § 315e (jeweils gemein- sam mit <i>Gattung</i>)
<i>Dr. Verena Klappstein M.A., LL.M.</i> Universität Passau	§§ 343–354a Anh. § 372: Grundlagen des Bank- rechtes
<i>Prof. Dr. Leonhard Knoll</i> Julius-Maximilians-Universität Würzburg	Anh. § 342r (2): Unternehmensbe- wertung
<i>Dr. Richard Koch-Sembdner, LL.M. (Stanford)</i> Notar, Koblenz	§ 131
<i>Dr. Michael Lamsa</i> Rechtsanwalt, Frankfurt am Main	§§ 8–14, 15a–24, 29–37a, 104a
<i>Dr. Andrea M. Partikel</i> Rechtsanwältin, Hamburg	§§ 230–237
<i>Dr. Christian Prasse</i> Rechtsanwalt und Notar, Ahrensburg	Anh. § 92c: Franchise- und Ver- tragshändlerverträge
<i>Assoc. Prof. Dr. Georgios Psaroudakis, M.Jur. (Oxford)</i> Aristoteles-Universität Thessaloniki	§§ 108, 116–122, 342q–342r, §§ 383–406 Anh. § 342r (1): §§ 106–113a WpHG
<i>Prof. Thomas Reich</i> Notar, München	§§ 238–241a, 257–263 (jeweils ge- meinsam mit <i>Szczesny</i> und <i>Voß</i>)
<i>Prof. Dr. Gerhard Ring</i> TU Bergakademie Freiberg	Vor §§ 59–83, §§ 59–83
<i>Dipl.-Jur. Kevin Rösch</i> Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	§§ 125–128 (fortgeführt, in der Vorauf. <i>Seeger</i>) § 129 (gemeinsam mit <i>Freitag</i>)
<i>Prof. Dr. Gregor Roth</i> Universität Leipzig	Vor §§ 242–245, §§ 242–245, Vor §§ 264–265, §§ 264–264d

<i>Prof. Dr. Alexander Schall, M.Jur. (Oxford)</i> Leuphana Universität Lüneburg	§§ 1–7 (fortgeführt, in der Vorauf. <i>J. Keßler</i>) §§ 15, 25–28, §§ 171–177a Anh. § 107 (1): Konzernrecht Anh. § 177a (1): § 706 BGB – Sitz der Gesellschaft
<i>Dr. Uwe Schmidt</i> Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Köln	Vor §§ 48–58, §§ 48–58
<i>Dr. Uwe Scholz</i> Rechtsanwalt und Steuerberater, Bonn	§§ 272, 289a (jeweils gemeinsam mit <i>Deckers</i>)
<i>Dr. Claudia E. Schrimpf-Dörge</i> Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin, Düsseldorf	§§ 249, 251
<i>Dr. Thilo Schülke</i> Rechtsanwalt, Freiburg	Anh. § 105: Die OHG im In- solvenzplanverfahren nach ESUG (fortgeführt, in der Vorauf. <i>Schmitz</i>) Anh. § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe (gemeinsam mit <i>Struckmeier</i>)
<i>Prof. Dr. Matthias Schüppen</i> Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Stuttgart	Vor §§ 316–324a, §§ 316–324a Anh. § 318: Art. 16 und 17 EU-APrVO, § 43 WPO Anh. § 319: Art. 4–6 EU-APrVO Anh. § 320: Art. 18 EU-APrVO Anh. § 321: Art. 11, Art. 7 und Art. 12 EU-APrVO Anh. § 322: Art. 10 EU-APrVO
<i>Prof. Dr. Michael Stöber</i> Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Vor §§ 373–381, §§ 373–381
<i>Dr. Dirk Struckmeier, M.Jur. (Oxford)</i> Rechtsanwalt, Singen (Hohentwiel)	Anh. § 107 (2): Gesellschaftsrecht der Freien Berufe (gemeinsam mit <i>Schülke</i>)
<i>Prof. Dr. Michael Szczesny</i> Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg	§§ 238–241a, 257–263 (jeweils ge- meinsam mit <i>Reich</i> und <i>Voß</i>)
<i>Dipl.-Kfm. Michael Thelen</i> Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Neuss	Vor §§ 246–251, §§ 246–248, Vor §§ 252–256a, §§ 252–256a, §§ 274, 274a, Vor §§ 297–299, §§ 297–299, § 306, Vor §§ 308– 309, §§ 308–309, Vor § 310, § 310, Vor §§ 311–312, §§ 311–312 (jeweils gemeinsam mit <i>Heyes</i>)
<i>Prof. Dr. Chris Thomale, LL.M. (Yale)</i> Universität Wien	Vor §§ 93–104, §§ 93–104
<i>Dipl.-Kfm. Dr. Ingo Thomas, M.A. (Milwaukee)</i> Chartered Financial Analyst, Düsseldorf	Vor §§ 284–288, §§ 284–289, Vor §§ 313–314, §§ 313–315

Prof. Dr. Patrick Velte
Leuphana Universität Lüneburg

§§ 289b–289f, 315b–315d

Prof. Dr. Ulrich Voß
Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt

§§ 238–241a, 257–263 (jeweils gemeinsam mit *Reich* und *Szczesny*)

Dr. Norbert Vossler
Vorsitzender Richter am Kammergericht, Berlin

§§ 109–115

Prof. Dr. Thomas Wieske
Universität Bremen, ILRM Hamburg

Vor §§ 407–450, §§ 407–450,
Vor §§ 451–451h, §§ 451–451h,
Vor §§ 452–452d, §§ 452–452d,
Vor §§ 453–466, §§ 453–475h
Anh. § 475h (1): Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen 2017
Anh. § 475h (2): Logistik und Logistik-AGB

Zweites Buch Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft

Erster Abschnitt Offene Handelsgesellschaft

Erster Titel Errichtung der Gesellschaft

§ 105 Begriff der offenen Handelsgesellschaft; Anwendbarkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs

- (1) Eine Gesellschaft, deren Zweck auf den Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma gerichtet ist, ist eine offene Handelsgesellschaft, wenn bei keinem der Gesellschafter die Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern beschränkt ist.
- (2) Die offene Handelsgesellschaft kann Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen.
- (3) Auf die offene Handelsgesellschaft finden, soweit in diesem Abschnitt nichts anderes vorgeschrieben ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Gesellschaft entsprechende Anwendung.

Schrifttum: *Altmeyden*, Kritischer Zwischenruf zum „Mauracher Entwurf“, NZG 2020, 822; *Altmeyden*, Mängel und Widersprüche des Regierungsentwurfs zum MoPeG am Beispiel des Ausschlusses eines Gesellschafters und der Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis, ZIP 2021, 213; *Armbrüster*, Die treuhänderische Beteiligung an Personengesellschaften, 2001; *Armbrüster*, Grenzen der Gestaltungsfreiheit im Personengesellschaftsrecht, ZGR 2014, 333; *Bachmann*, Zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG), NZG 2020, 612; *Bachmann*, Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, NJW 2021, 3073; *Bachmann*, Die folgenlose Beseitigung der rechtsfähigen Gesamthand durch das MoPeG, FR 2022, 709; *Bälz*, Organisationsvertrag und Gesamthand, in Lieb et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Zöllner zum 70. Geburtstag, Bd. I, 1998, S. 35; *Bartlitz*, Die Entstehung der Gesellschaft bei eigenmächtigem Geschäftsbeginn, NZG 2020, 1094; *Baumann*, Der Nießbrauch am Anteil einer Einmann-Personengesellschaft, NZG 2005, 919; *Bergmann*, Der Mauracher Gesetzentwurf der Expertenkommission für die Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DB 2020, 994; *Beuthien*, Zur Begriffsverwirrung im deutschen Gesellschaftsrecht, JZ 2003, 715; *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz*, Mauracher Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts, April 2020, abrufbar unter <https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Dokumente/MauracherEntwurf.pdf> (zit.: Mauracher Entwurf); *Canaris*, Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht, 1971; *Dauner-Lieb*, Unternehmen in Sondervermögen – Haftung und Haftungsbeschränkung (zugleich ein Beitrag zum Unternehmen im Erbgang), 1998; *Fabricius*, Relativität der Rechtsfähigkeit, 1963; *Fett/Brand*, Die sog. Einmann-Personengesellschaft, NZG 1999, 45; *R. Fischer*, Die faktische Gesellschaft, NJW 1955, 849; *R. Fischer*, Die Personenhandelsgesellschaft im Prozeß, in Lehmann et al. (Hrsg.), Festschrift für Justus Wilhelm Hedemann zu seinem 80. Geburtstag, 1958, S. 75; *Fleischer*, Leitbildwandel im Recht der BGB-Gesellschaft – Ein erster Rundgang durch den Mauracher Entwurf zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DB 2020, 1107; *Fleischer*, Annäherungen an den Mauracher Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, ZGR Sonderheft 23, 2020, 1; *Fleischer*, Ein Rundgang durch den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DStR 2021, 430; *Fleischer*, Zur Rechtsnatur der OHG und ihres Gesellschaftsvertrags, NZG 2021, 949; *W. Flume*, Gesellschaft und Gesamthand, ZHR 136 (1972), 177; *Fleischer*, Änderungen des KG-Rechts im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DStR 2021, 483; *Fleischer*, Ein Rundflug über das OHG-Recht im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, BB 2021, 386; *Fleischer/Lunemann*, Nachfolgeregelungen in Familienpersonengesellschaften am Beispiel der Fugger, in Gehle et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 29; *W. Flume*, Gesellschaft und Gesamthand, ZHR 136 (1972), 177; *W. Flume*, Der minderjährige Gesellschafter, NZG 2014, 17; *Freitag*, Rechtliche Fallstricke des Todes des Personengesellschafters de lege lata und de lege ferenda, ZGR 2021, 534; *Friehe*, Die Unterbeteiligung bei Personengesellschaften, 1974; *Geibel*, Mauracher Entwurf zum Personengesellschaftsrecht, ZRP 2020, 137; *Grunewald*, Der Ausschluß aus Gesellschaft und Verein, 1987; *Grunewald*, Die actio pro socio im Personengesellschafts- und GmbH-Recht, in Fleischer/Kalss/Vogt (Hrsg.), Enforcement im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht in Deutschland, Österreich und der Schweiz, 2015, S. 209; *Habersack*, Die Mitgliedschaft – subjektives und „sonstiges“ Recht, 1996; *Habersack*, Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – aber wie?, ZGR 2020, 537; *Heckschen*, Der so genannte „Mauracher Entwurf“ – ein positiver Schritt zur Reform des Personengesellschaftsrechts, NZG 2020, 761; *Heinze*, Der Mauracher Entwurf und die Abkehr von der Gesamthand – Gefahren im Steuerrecht?, DStR 2020, 2107; *Hennrichs*, Zum Formwechsel und zur Spaltung nach dem neuen Umwandlungsgesetz, ZIP 1995, 794; *Hippeli*, Zur avisierten Reform des Personengesellschaftsrechts, DZWIR 2020, 386; *Hoffmann*, Ausscheiden oder Auflösen – Grundsatzfrage bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts neu gestellt im Gesetz zur Modernisierung der Personengesellschaftsrechts (MoPeG), in Gehle et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 79; *Huber*, Die Parteifähigkeit der Personengesellschaft des Handelsrechts und ihr Wegfall während des Prozesses, ZZP 82 (1969), 224; *Huber*, Rechtsfähigkeit, juristische Person und Gesamthand, in Schneider et al. (Hrsg.), Festschrift für Marcus Lutter zum 70. Geburtstag, 2000, S. 107; *U. Huber*, Vermögensanteil, Kapitalanteil und Gesellschaftsanteil an Personengesellschaften des Handelsrechts, 1970; *A. Hueck*, Inwieweit besteht eine gesellschaftliche Pflicht des Gesellschafters einer Handelsgesellschaft zur Zustimmung zu Gesellschafterbeschlüssen?, ZGR 1972, 244; *Hüffer*, Die

Gesamthandsgesellschaft in Prozeß, Zwangsvollstreckung und Konkurs, in Lutter et al. (Hrsg.), Festschrift für Walter Stimpel zum 68. Geburtstag, 1985, S. 165; *Hüffer*, 100 Bände BGHZ: Personengesellschaftsrecht, ZHR 151 (1987), 396; *Hüttemann*, Leistungsstörungen bei Personengesellschaften, 1998; *Kilincsoy*, Analyse der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts durch das MoPeG, FR 2021, 248; *Kindler*, Die „rechtsfähige Gesellschaft“ als juristische Person – erste Befunde und Überlegungen zum Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG), ZfPW 2022, 409; *Kirchhoff*, Wettbewerbsverbote für Gesellschafter und Geschäftsführer aus kartellrechtlicher Sicht, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 249; *Koch*, Freie Sitzwahl für Personhandelsgesellschaften, ZHR 173 (2009), 101; *Kornblum*, Die Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten von Personengesellschaften, 1972; *Krämer*, Gläubigerschutz vs. Anlegerschutz in Publikumpersonengesellschaften – versteckte Nachschusspflicht durch intransparente Klausel, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 877; *Lesch/Hüttemann/Reschke*, Zur Untreue im Unternehmensverbund, NStZ 2015, 609; *Lieder*, Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – Der Regierungsentwurf des MoPeG in der rechtspolitischen Analyse, ZRP 2021, 34; *Lieder/Hilser*, Die Reform des Personengesellschaftsrechts – Implikationen für Dogmatik und notarielle Praxis, NotBZ 2021, 401; *Löbbe*, Das Beschlussmängelrecht in den Personhandelsgesellschaften nach dem MoPeG-Regierungsentwurf – ein Überblick, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 575; *Lutter*, Theorie der Mitgliedschaft, AcP 180 (1980), 84; *Müllbert*, Die rechtsfähige Personengesellschaft, AcP 199 (1999), 38; *Nazari-Khanachayi*, Anpassungsvorschläge zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG), WM 2020, 2057; *Noack*, Adieu „Feststellungsmodell“, bonjour „Anfechtungsmodell“ – über den Systemwechsel im Beschlussmängelrecht der Personengesellschaften, ZIP 2020, 1382; *Noack*, Vom „Mauracher Entwurf“ zum RefE eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, DB 2020, 2618; *Noack*, Von Maurach in die Welt – Der Gesetzentwurf der Expertenkommission zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts im Überblick, NZG 2020, 581; *Otte*, Auswirkungen des MoPeG auf die anwaltliche Gestaltungs- und Beratungspraxis, ZIP 2021, 2162; *Otte-Gräbener*, Umfassende Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – Entwurf der Expertenkommission, BB 2020, 1295; *Pfister*, Die Einmann-Personengesellschaft, 1999; *Priester*, Gesamthand und juristische Person im Licht des neuen Umwandlungsrechts, AcP 194 (1994) 495; *Priester*, Gesamthandsgesellschaft oder juristische Person. Eine Geschichte ohne Ende, in Lieb et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Zöllner, Bd. I, 1998, S. 469; *Priester*, Die zwingende Einheitlichkeit des Personengesellschaftsanteils – ein überholtes Prinzip, DB 1998, 55; *Priester*, Eigene Anteile beim Formwechsel, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Heidel, 2021, S. 343; *Prinz*, Neue „Steuerkoordinaten“ für Personengesellschaften, DB 2022, 11; *Raiser*, Gesamthand und juristische Person im Licht des neuen Umwandlungsrechts, AcP 194 (1994), 495; *Raiser*, Der Begriff der juristischen Person – Eine Neubesinnung, AcP 199 (1999), 104; *C. Schäfer*, Vom Einstimmigkeitsprinzip zum treupflichtgetragenen Mehrheitsentscheid im Personengesellschaftsrecht, ZGR 2013, 237; *C. Schäfer*, Grundzüge des neuen Personengesellschaftsrechts nach dem Mauracher Entwurf, ZIP 2020, 1149; *Schäfer*, Innengesellschaft – die Zündapp unter den Gesellschaften, in Bachmann et al. (Hrsg.), Festschrift für Christine Windbichler zum 70. Geburtstag, 2020, S. 981; *Schall*, Eine dogmatische Kritik am „Mauracher Entwurf“ zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, ZIP 2020, 1443; *Schall*, Erzwingt das MoPeG die rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung?, NZG 2021, 494; *Schall*, Zur Rechtsnatur der rechtsfähigen Personengesellschaft nach dem MoPeG – Abschied vom „guten alten Recht“, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 575; *K. Schmidt*, Die obligatorische Gruppenvertretung im Recht der Personengesellschaften und der GmbH, ZHR 146 (1982), 525; *K. Schmidt*, „Fehlerhafte Gesellschaft“ und allgemeines Verbandsrecht, AcP 186 (1986), 421; *K. Schmidt*, Die fehlerhafte Anteilsübertragung, BB 1988, 1053; *K. Schmidt*, Grenzen des Minderjährigenschutzes im Handels- und Gesellschaftsrecht, JuS 1990, 517; *K. Schmidt*, Unterbrechung und Fortsetzung von Prozessen im Konkurs einer Handelsgesellschaft – Fragen und Thesen zu §§ 240 ZPO, 10 ff. KO (96 ff. InsO), KTS 1994, 309; *K. Schmidt*, Die Personengesellschaft als Rechtsfigur des „Allgemeinen Teils“, AcP 209 (2009), 181; *K. Schmidt*, Ein neues Zuhause für das Recht der Personengesellschaften – Zum Regierungsentwurf eines MoPeG, ZHR 185 (2021), 16; *K. Schmidt*, Beschlussmängel und Beschlussmängelstreitigkeiten nach der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, ZHR 187 (2023), 107; *U. H. Schneider*, Inhaltskontrolle von Gesellschaftsverträgen, ZGR 1978, 1; *U. H. Schneider*, Mehrheitsprinzip und Mitwirkungspflicht bei Gesellschafterbeschlüssen, AG 1979, 57; *Schiürbrand*, Publikumpersonengesellschaften in Rechtsprechung und Literatur, ZGR 2014, 256; *Seibert*, Sinkt die Zahl der Publikumpersonengesellschaften, warum und was bedeutet das?, in Gehele et al. (Hrsg.), Festschrift für Thomas Heidel, 2021, S. 171; *Steinbeck*, Zur „Einheitlichkeit“ der Mitgliedschaft in einer Personengesellschaft, DB 1995, 761; *Steinbeck*, Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Gesellschafter einer Personengesellschaft, DStR 2001, 1162; *Tröger/Happ*, Beschlussmängelrecht nach dem MoPeG: Bestandsaufnahme, Kritik und Fortentwicklung, ZIP 2021, 2059; *Ulmer*, Richterrechtliche Entwicklungen im Gesellschaftsrecht 1971–1985, 1986; *Ulmer*, Zur Bedeutung des gesellschaftsrechtlichen Abspaltungsverbots für den Nießbrauch am OHG (KG)-Anteil, in Goerdeler et al. (Hrsg.), Festschrift für Hans-Joachim Fleck zum 70. Geburtstag, 1988, S. 383; *Ulmer*, Hundert Jahre Personengesellschaftsrecht: Rechtsfortbildung bei OHG und KG, ZHR 161 (1997), 102; *Ulmer*, Die Gesamthandsgesellschaft – ein noch immer unbekanntes Wesen?, AcP 198 (1998), 113; *Ulmer*, Die Einheitlichkeit der Mitgliedschaft in einer Personengesellschaft – ein überholtes Dogma?, ZHR 167 (2003), 103; *Weber-Grellet*, Die Gesamthand – ein Mysterienspiel?, AcP 182 (1982), 316; *Weimar*, Einmann-Personengesellschaften – ein neuer Typ des Gesellschaftsrechts?, ZIP 1997, 1769; *Weller/Schwemmer*, Das MoPeG: Eine Jahrhundertreform im Personengesellschaftsrecht?, BB 2021, Heft 29–30, 1; *Wertenbruch*, Die Parteifähigkeit der GbR – die Änderungen für die Gerichts- und Vollstreckungspraxis, NJW 2002, 324; *Wertenbruch*, Abschied von Bestimmtheitsgrundsatz und Kernbereichslehre im Beschlussanfechtungssystem der Personengesellschaft, DB 2014, 2875; *Wertenbruch*, Das Stimmrecht von Treugebern, stillen Gesellschaftern und Unterbeteiligten in der Personengesellschaft, NZG 2017, 81; *Wertenbruch*, Schloss Maurach zur Reform des Personengesellschaftsrechts, GmbHR 2020, R196; *Wertenbruch*, Der BMJV-Referentenentwurf eines MoPeG, GmbHR 2021, 1; *Wertenbruch*, Das MoPeG – die Reform des Rechts der Personengesellschaften, JZ 2023, 78; *H. P. Westermann*, Die Anpassung von Gesellschaftsverträgen an veränderte Umstände, in Fischer et al. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Hefermehl zum 70. Geburtstag, 1976, S. 225; *H. P. Westermann*, Zum Stand der »Modernisierung« des Personengesellschaftsrechts, DZWIR 2020, 321; *Wiedemann*, Der Gesellschaftsvertrag der Personengesellschaften, WM 1990, Sonderbeil. Nr. 8; *Wiedemann*, Rechte und Pflichten des Personengesellschafters, WM 1992, Sonderbeil. Nr. 7; *Wiedemann*, Die Personengesellschaft – Vertrag oder Organisation?, ZGR 1996, 286; *Wilhelm*, Paradigmenwechsel

im Recht der bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft – Der Mauracher Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, NZG 2020, 1041; *Zöllner*, Rechtssubjektivität von Personengesellschaften², in Lange et al. (Hrsg.), Festschrift für Joachim Gernhuber zum 70. Geburtstag, 1993, S. 563.

A. Allgemeines und Normzweck	1	ff) OHG als ihr eigener Gesellschafter?	58
I. Gesetzesgeschichte	1	c) Kaufmannseigenschaft der Gesellschafter?	59
1. Rückblick bis zur MoPeG-Reform	1	d) Rechte am Gesellschaftsanteil (Treuhand, Unterbeteiligung, Nießbrauch, (Ver-)Pfändung) – Testamentsvollstreckung	60
2. MoPeG-Reform 2021	2	aa) Treuhand	60
a) Vorgeschichte der Reformdiskussion	2	bb) Unterbeteiligung	81
b) Ziele der Neuregelung	3	cc) Nießbrauch	89
c) Wesentlicher Inhalt der Neuregelung bezogen auf die OHG	4	dd) Pfändung, Verpfändung	98
d) Verfahren im Bundestag und Bekanntmachung des Gesetzes	6	ee) Testamentsvollstreckung	102
e) Inkrafttreten	7	2. Gesellschaftsvertrag	103
II. Bedeutung der Bestimmung	8	a) Grundlegendes	103
1. Bedeutung der OHG-Normen über die OHG hinaus	8	aa) Vertragsschluss gem. § 705 BGB notwendiges Erfordernis der OHG	103
2. Wirtschaftliche Bedeutung der OHG	12	bb) Gemeinsamer Zweck	105
III. Begriffsbestimmung	13	cc) Beitrags- und Zweckförderungspflicht der Gesellschafter – Mehrbelastungsverbot	108
IV. Rechtsnatur	14	dd) Vertragsschluss kein Handelsgeschäft	124
V. Entstehung der OHG	24	ee) Einigung über die Rechtsform?	125
1. Neugründung	24	b) Vertragspartner – Gesellschafter	126
a) Abschluss des auf Betrieb eines Handelsgewerbes gerichteten Gesellschaftsvertrages	24	c) Abschluss des Vertrages und seine Änderung	129
b) Fortführung eines im Handelsregister eingetragenen Unternehmens	28	aa) Grundsätzliche Anwendung des BGB-Vertragsrechts	129
c) Entstehung durch Eintragung im Handelsregister bei Betrieb eines anderen Gewerbes als Handelsgewerbes nach § 1 Abs. 2 oder bei Verwältung eigenen Vermögens	30	bb) c.i.c. – Prospekthaftung – Haftung wegen Schädigung von Anlegern zumal bei Publikumsgesellschaften	130
2. Umwandlung	31	cc) Rückwirkender Vertragsschluss?	137
a) Umwandlung kraft Rechtsgeschäfts nach dem Umwandlungsgesetz	32	dd) Unvollständiger Vertragsschluss und Dissens	138
b) Umwandlung kraft Gesetzes	38	ee) Vertretung	141
3. Verunglückte Gründung einer Kapitalgesellschaft	39	ff) Konkludenter Vertragsschluss	142
4. Sitzverlegung in das Inland?	40	gg) Mindestinhalt	143
5. Fortführung eines Handelsgeschäfts durch Erbengemeinschaft	41	hh) Formfragen	145
B. Inhalt	42	ii) Gerichtliche Genehmigung des Vertragsschlusses und Zustimmung des Ehegatten	151
I. Auf den Betrieb eines Handelsgewerbes gerichtete Gesellschaft (Abs. 1)	42	jj) Eintritt in vorhandene Gesellschaft	152
1. Gesellschafter	42	kk) Vorverträge	154
a) Grundsätze	42	ll) Vertragsänderungen	155
aa) Grundsätzlich keine Einpersonen-OHG – Grundsatz: Einheitlichkeit des Gesellschaftsanteils	42	d) Inhalt des Gesellschaftsvertrages	163
bb) Schwester-Personengesellschaften	45	aa) Grundsätze	163
cc) Höchstzahl	46	bb) Festlegung des Gesellschaftszwecks	164
b) Gesellschafterfähigkeit	47	cc) Festlegung der Zweckförderungspflicht/Beitragspflicht – insbes. Einlagepflichten	165
aa) Natürliche Personen – Sonderfragen insbes. bei Beschränkungen der Geschäftsfähigkeit	47	dd) Sonstige zweckmäßige Regelungen	168
bb) Juristische Personen	53	e) Rechtsnatur des OHG-Vertrages und Anwendung von BGB-AT und des allgemeinen Schuldrechts	170
cc) Personengesellschaften	54		
dd) Erbengemeinschaften	56		
ee) Eheliche Gütergemeinschaften	57		

aa)	Schuldvertrag und Organisationsvertrag	171	h)	Von Gesellschafterklage unberührt: Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen und Sonderprüfung	274
bb)	Anwendung BGB AT	172	aa)	Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen	274
cc)	Anwendung BGB Schuldrecht	173	bb)	Zulässigkeit der Sonderprüfung?	277
f)	Vertragsfreiheit und ihre Grenzen; Inhaltskontrolle und Auslegung des Gesellschaftsvertrages	180	5.	Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma	278
aa)	Vertragsfreiheit versus Inhaltskontrolle	180	a)	Betrieb eines Handelsgewerbes	278
bb)	Auslegung	186	aa)	Handelsgewerbe	278
g)	Mangelhaftigkeit des Gesellschaftsvertrages und ihre Folgen. Fehlerhafte Gesellschaft	193	bb)	Betrieb des Gewerbes	280
aa)	Mängel	193	b)	Die gemeinschaftliche Firma	281
bb)	Teilnichtigkeit	194	6.	Keine Beschränkung der Gesellschafterhaftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern	283
cc)	Die fehlerhafte Gesellschaft	199	II. Die OHG als Trägerin von Rechten und Pflichten (Abs. 2)	284	
3.	Gesellschafterwechsel	218	1.	Allgemeines – Regelungszweck, Rechtsnatur, Regelungshistorie und Anwendungsbereich	284
a)	Eintritt	218	2.	Gesellschaftsvermögen	289
b)	Austritt	221	3.	Die OHG im Rechtsverkehr	296
c)	Übertragung des Anteils	223	a)	Privatrecht	296
aa)	Abgrenzung der Anteilsübertragung vom kombinierten Ein- und Austritt	223	aa)	Grundsätzlich keine Einpersonen-OHG – Grundsatz: Einheitlichkeit des Gesellschaftsanteils	296
bb)	Anteilsübertragung	224	bb)	Gesetzliche Schuldverhältnisse	298
d)	Sonstige Verfügungen über den Geschäftsanteil	232	cc)	Dingliche Rechte	299
4.	Innenverhältnis der OHG – Rechte und Pflichten der Gesellschafter	233	dd)	Besitz	300
a)	Die Mitgliedschaft	233	ee)	Erbrecht	301
aa)	Verwaltungsrechte	236	ff)	Beteiligungen/Mitgliedschaften	302
bb)	Vermögensrechte	238	gg)	Ämter und Funktionen	303
b)	Beitragspflichten	240	b)	Steuerrecht	304
aa)	Die Beitragspflicht (§ 709 Abs. 1 BGB iVm § 105 Abs. 3 HGB)	241	c)	Verfassungsrecht und sonstiges öffentliches Recht	305
bb)	Beiträge durch Übereignung und Gebrauchsüberlassung (§ 706 Abs. 2 BGB aF iVm § 105 Abs. 3 HGB)	245	d)	Strafrecht	306
cc)	Erbringung von Dienstleistungen	252	4.	Zivilprozessuale Fragen	307
c)	Rechtsstellung des Gesellschafters gegenüber der Gesellschaft	253	a)	Gesellschafts- und Gesellschafterprozess	307
aa)	Ansprüche der Gesellschaft gegen die Gesellschafter (Sozialansprüche)	253	b)	Parteifähigkeit und Frage der richtigen Prozesspartei	308
bb)	Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesellschaft (Sozialverbindlichkeiten)	255	c)	Prozessfähigkeit	312
cc)	Drittgeschäfte	257	d)	Gerichtsstand	313
d)	Rechte und Pflichten gegenüber Mitgesellschaftern	260	e)	Vereinbarung der Zuständigkeit eines Schiedsgerichts	314
e)	Die Treuepflicht	261	f)	Zustellungen	315
aa)	Grundsätze	261	g)	Auflösung und Vollbeendigung der Gesellschaft	316
bb)	Anwendungsbeispiele	266	h)	Prozesskostenhilfe	318
cc)	Sonderproblem: Zustimmungspflicht insbes. zur Vertragsänderung?	267	i)	Kostenentscheidung und Kostenfestsetzung	319
dd)	Rechtsfolgen von Treuepflichtverstößen	270	j)	Materielle Rechtskraft	320
f)	Gleichbehandlungspflicht	272	5.	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	321
g)	Actio pro socio – Gesellschafterklage nach § 105 Abs. 3 HGB iVm § 715b BGB	273	a)	Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschaft	321
			b)	Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschafter	323
			c)	Insolvenz der Gesellschaft	324

III. Der Verweis auf das Recht der GbR

(Abs. 3) 325

1. Allgemeines 325

2. § 716 Abs. 1 und 4 BGB nF – Ersatz von Aufwendungen und Verlusten, Verzinsungspflicht (vgl. § 110 Abs. 1 und 2 HGB aF) 328

a) Ersatz von Aufwendungen und Verlusten (Abs. 1) 328

aa) Regelungszweck und -inhalt nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers 329

bb) Inhalt des Anspruchs auf Ersatz von Aufwendungen und Verlusten 333

b) Verzinsungspflicht von Gesellschafter und GbR in Hinblick auf ihre Pflichten (Abs. 4) 354a

aa) Regelungszweck und -inhalt nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers 354b

bb) Anwendungsbereich und Regelungsinhalt der Verzinsungspflicht 354c

3. § 717 Abs. 1 BGB nF – Informationsrechte (vgl. § 118 HGB aF) 355

a) Regelungsinhalt von Abs. 1 nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers 356

b) Recht auf Einsicht in Unterlagen inkl. Fertigung von Auszügen (Abs. 1 S. 1) 359

aa) Berechtigung jedes Gesellschafters 359

bb) Zur Berechtigung des ausgeschiedenen Gesellschafters 360

cc) Insb. GbR Schuldnerin des Anspruchs 363

dd) Einsicht in „Unterlagen der Gesellschaft“ über all ihre Angelegenheiten 364

ee) „Einsicht“ in Unterlagen und „Anfertigung von Auszügen“ 369

ff) Zu Übertragbarkeit des Rechts und Berechtigung der Unterstützung durch Dritte 370

gg) Kein besonderes Einsichtsinteresse nötig – Grenze Missbräulichkeit 371

c) Recht auf Auskunft (Abs. 1 S. 2) 373

d) Unwirksamkeit von Beschränkungen des individuellen Informationsrechts (Abs. 1 S. 3) 376

e) Durchsetzung des Informationsanspruchs 380

4. § 709 Abs. 3 BGB nF – Stimmkraft; Anteil an Gewinn und Verlust (vgl. § 121 HGB aF) 388

a) Regelungszweck und -inhalt des Abs. 3 nach der Erläuterung des MoPeG-Gesetzgebers 390

b) Maßgebliche Festlegung der Beteiligungsverhältnisse 391

aa) Allgemeines 391

bb) Bestimmung durch die vereinbarten Beteiligungsverhältnisse (Abs. 3 S. 1) 392

cc) Hilfsweise Bestimmung nach den vereinbarten Werten der Beiträge (Abs. 3 S. 2) 398

dd) Höchst hilfsweise gleiche Anteile nach Köpfen (Abs. 3 S. 3) 399

A. Allgemeines und Normzweck

I. Gesetzesgeschichte

1. Rückblick bis zur MoPeG-Reform

Die OHG ist die traditionelle **Grundform der Zusammenarbeit von Kaufleuten**. Diese wirken gleichermaßen persönlich mit; sie stellen sich mit ihrem gesamten Vermögen hinter das Unternehmen.¹ Der Entwurf zum ADHGB von 1848/49 definierte die im Wesentlichen bis heute gültigen Tatbestandsvoraussetzungen einer OHG: „Eine Kollektiv-Gesellschaft ist vorhanden, wenn die Gesellschafter sich vereinigt haben, unter einer gemeinschaftlichen Firma Handel zu treiben.“² Die OHG war schon im ADHGB geregelt.³ § 105 entspricht im Wesentlichen dem HGB von 1897. Das Handelsrechtsreformgesetz von 1998 führte Abs. 2 aF ein (BGBl. 1998 I 1474); dessen Regelungsgehalt steht seit dem **MoPeG** inhaltlich verändert im § 107 Abs. 1.

2. MoPeG-Reform 2021

a) **Vorgeschichte der Reformdiskussion.** Immer wieder gab es **Reformüberlegungen** für das Personengesellschaftsrecht. Die fanden 2021 ihren Abschluss im überwiegend erst zum 1.1.2024 in Kraft tretenden MoPeG – dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (BGBl. 2021 I 3434). Das Gesetz hatte eine ca. fünfjährige Vorgeschichte:⁴ Der **71. DJT 2016** stand in der wirtschaftsrechtli-

1 Hopt/Roth Vor § 105 Rn. 15.

2 Zitiert nach Baums (Hrsg.), Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland, 1848/49 (1982), S. 102.

3 Vgl. K. Schmidt GesR § 46 I 2; vgl. zur Entwicklung der OHG Wiedemann GesR II § 8 I 3.

4 Vgl. dazu zB HK-GbR/Noack Einf. Rn. 4 ff.; HK-GbR/Heidel BGB § 705 Rn. 7 ff.; Heidel/Hirte Das neue PersGesR/Hirte § 1 Rn. 12 ff.

chen Abteilung unter der Fragestellung, „Empfiehl sich eine grundlegende Reform des Personengesellschaftsrechts?“⁵ Dabei war man sich allerdings nur einig über den Bedarf der Reform; deren „Wie“ war sehr streitig. Das Thema adressierte auch der **Koalitionsvertrag der sog. großen Koalition** im Frühjahr 2018 – allerdings inhaltsleer: Die GroKo sagte zu („Wir werden“), „das Recht der Personengesellschaften zu reformieren und an die Anforderungen eines modernen vielfältigen Wirtschaftslebens“ anzupassen; das „Wie“ deutete die Koalition aber nicht einmal an, sondern sie nahm sich vor, eine Expertenkommission einzusetzen, die „Vorschläge für eine grundlegende Reform erarbeitet.“⁶ Reformen bei der Personengesellschaft waren auch ein Teilaspekt der Frage der Reform des Beschlussmängelrechts im Gesellschaftsrecht, die auf der Tagesordnung des **72. Deutschen Juristentags** 2018 stand; der empfahl dem Gesetzgeber, aufbauend auf dem Gutachten von Koch, das aktienrechtliche Modell der Unterscheidung in Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Beschlüssen zu übernehmen. Das Bundesjustizministerium setzte 2018 die von der großen Koalition angekündigte Kommission ein, ihre Mitglieder⁷ mussten sich zu Stillschweigen verpflichten und legten im April 2020 einen Abschlussbericht sowie einen Entwurf vor, den sog. **Mauracher Entwurf** für ein Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts.⁸ Auf dessen Basis publizierte im November 2020 das Bundesjustizministerium den **Referentenentwurf**.⁹ Der bereitete die Änderung von 134 Gesetzen (statt 39 nach dem Mauracher Entwurf) vor. Er lag inhaltlich auf der Linie des Mauracher Entwurfs, entwickelte ihn aber auch mit einigen zT wesentlichen Unterschieden fort. Insbesondere beseitigte er im Beschluss(mängel)recht die auf die Personenhandels-gesellschaften ausstrahlende Mauracher Regelungsidee für den § 714 BGB, dass eine im Gesellschaftsvertrag vereinbarte Mehrheitsklausel im Zweifel auch Vertragsänderungen erfasst; insbes. strich er aus dem Anwendungsbereich der Beschlussmängelkontrolle durch Beschlussanfechtung die GbR und sah das Modell nur noch für die Personenhandelsgesellschaften gem. §§ 110 ff. vor (mit einer erstmaligen Normierung der positiven Beschlussfeststellungsklage im § 115). Rasch danach kam (getrieben vom baldigen Ende der Legislaturperiode) im Januar 2021 der **Regierungsentwurf**,¹⁰ welcher der Sache nach dem Referentenentwurf entsprach.

3 **b) Ziele der Neuregelung.** Die Neuregelung verfolgt erklärtermaßen die folgenden fünf Ziele, die „auf eine grundlegende, gleichwohl systemkonforme Überarbeitung des geltenden Rechts der Personengesellschaften hinauslaufen“; wobei im Mittelpunkt der Betrachtung die GbR „als Grundform aller Personengesellschaften“ stehe:¹¹

- (1) Konsolidierung des Rechts der Gesellschaft bürgerlichen Rechts.¹²
- (2) Modernisierung des Rechts der Personengesellschaften.¹³
- (3) Behebung des Publizitätsdefizits der Gesellschaft bürgerlichen Rechts.¹⁴
- (4) Flexibilisierung der Haftungsverhältnisse von **Angehörigen Freier Berufe** durch Ermöglichung des Zugangs zu den Rechtsformen einer Personenhandelsgesellschaft, da die PartG nur eine un-

5 Gutachten von Schäfer, vgl. auch NJW-Beilage 2016, 45, Beschlüsse abrufbar auf der Homepage des Deutschen Juristentages, www.djt.de.

6 Koalitionsvertrag abrufbar auf der Homepage des Deutschen Bundestags, <https://www.bundestag.de/resource/blob/194886/696f36f795961df200fb27fb6803d83e/koalitionsvertrag-data.pdf>.

7 Alfred Bergmann, Barbara Grunewald, Marc Hermanns, Thomas Liebscher, Gabriele Roßkopf, Carsten Schäfer, Frauke Wedemann, Johannes Wertenbruch.

8 Abrufbar auf der Homepage des Bundesjustizministeriums, http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/PM/042020_Entwurf_MoPeG.pdf, dort ist auch der Abschlussbericht über die Kommissionsarbeit abrufbar, https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/PM/042020_Abschlussbericht_Maurach.pdf?__blob=publicationFile&v.=2. Schon zum Entwurf gab es gewissermaßen eine Flut von Veröffentlichungen, vgl. insbes. ZGR-Sonderheft 23, 2021, mit Beiträgen von Fleischer, Schollmeyer, Herrler, Uwer, Drescher, Armbruster, Lieder sowie Bochmann; Kommissionsmitglieder schrieben Aufsätze zum Regelungsvorschlag, zB Bergmann DB 2020, 994; Noack NZG 2020, 581; Schäfer ZIP 2020, 1149. Auch Dritte publizierten, zB Altmeppen NZG 2020, 822; Bachmann NZG 2020, 612; Fleischer DB 2020, 1107; Habersack ZGR 2020, 537; Heckschen NZG 2020, 761; Heckschen/Nolting BB 2021, 2946; Hippeli DZWIR 2020, 386; Kruse DStR 2021, 2412; Lange/Kretschmann ZEV 2021, 545; Otte-Gräbener BB 2020, 1295; Schall ZIP 2020, 1443; Scholz NZG 2020, 1044; Westermann DZWIR 2020, 321.

9 Abrufbar auf der Homepage des BMV, https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RefE_Personengesellschaftsrecht.pdf?__blob=publicationFile&v.=1; vgl. dazu aus Sicht eines Mitarbeiters des Ministeriums Noack DB 2020, 2618, aus der Sicht eines Mitglieds der Mauracher Kommission Schäfer Neues PersGesR/Schäfer § 1 Rn. 18 ff.

10 RegE BT-Drs. 19/27635.

11 RegE BT-Drs. 19/27635, 100.

12 RegE BT-Drs. 19/27635, 100 f.

13 RegE BT-Drs. 19/27635, 101.

14 RegE BT-Drs. 19/27635, 101 f.

II. Sonstige Sanktionen

- 9 Ein Verstoß gegen die Pflichten des § 125 führt **nicht zur Nichtigkeit** des zwischen der Gesellschaft und dem Adressaten des Geschäftsbriefes geschlossenen Geschäftes,²³ es handelt sich mithin um keine Formvorschrift.²⁴ Fehlen die vorgeschriebenen Angaben und irrt der Empfänger des Geschäftsbriefes deshalb über eine verkehrswesentliche Eigenschaft der Gesellschaft, führt dies aber uU gem. § 119 Abs. 2 BGB zur **Anfechtbarkeit** der seitens des Empfängers abgegebenen Willenserklärung.²⁵ Ein Anspruch auf den Ersatz erlittener Vermögensschäden kann sich aus **culpa in contrahendo** (§§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB) ergeben.²⁶ § 125 ist Schutzgesetz iSd § 823 Abs. 2 BGB, so dass daneben **deliktische Ansprüche** bestehen können.²⁷ Wird in den Angaben auf dem Geschäftsbrief entgegen Abs. 1 S. 2 nicht offengelegt, dass kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist, kommt nach verbreiteter Auffassung eine **Rechtsscheinhafung** der Vertreter entsprechend § 179 BGB auf Erfüllung oder Schadensersatz in Betracht.²⁸ Die Haftung nach § 179 Abs. 1 BGB setzt aber voraus, dass der vermeintliche Prinzipal mangels Vertretungsmacht nicht wirksam verpflichtet wurde und damit kein Erfüllungsanspruch gegen ihn besteht. Auch bei einem Verstoß gegen Abs. 1 S. 2 wird aber die Gesellschaft wirksam verpflichtet, so dass eine solche Pflichtverletzung keine Erfüllungshaftung analog § 179 Abs. 1 BGB begründen kann. In Betracht kommt aber auch in diesem Fall ein Anspruch gegen den Vertreter aus culpa in contrahendo.²⁹

§ 125a [nicht mehr belegt]

§ 126 Persönliche Haftung der Gesellschafter

¹Die Gesellschafter haften für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft den Gläubigern als Gesamtschuldner persönlich. ²Eine entgegenstehende Vereinbarung ist Dritten gegenüber unwirksam.

Schrifttum: *Altmeyen*, Haftung der Gesellschafter einer Personengesellschaft für Delikte, NJW 1996, 1017; *Altmeyen*, Deliktshaftung in der Personengesellschaft, NJW 2003, 1553; *Altmeyen*, Die akzessorische Haftung der Gesellschafter einer Personengesellschaft für einen „Drittanspruch“ ihres Mitgesellschafters, NJW 2009, 2241; *Beuthien*, Die Haftung von Personengesellschaftlern, DB 1975, 725, 773; *Buchner*, Gesellschaftsschuld und Gesellschafterschuld bei der OHG, JZ 1968, 622; *Büscher/Klußmann*, Forthaftung und Regress ausgeschiedener Personengesellschafter, ZIP 1992, 11; *Canaris*, Die Übertragung des Regelungsmodells der §§ 125–130 HGB auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, ZGR 2004, 69; *Deckenbrock/Meyer*, Die Haftung des Scheinsoziums, ZIP 2014, 701; *Drygala*, Gesellschafterregress im Personengesellschaftskonzern, in FS Raiser, 2005, S. 63; *Eidenmüller*, Gesellschafterstellung und Insolvenzplan, ZGR 2001, 681; *Emmerich*, Erfüllungstheorie oder Haftungstheorie, in FS Lukes, 1989, S. 639; *Faust*, Der Regress gegen Mitgesellschaftler bei Personenhandelsgesellschaften, in FS K. Schmidt, 2009, S. 357; *Flume*, Gesellschaftsschuld und Haftungsverbindlichkeit des Gesellschafters in der OHG, in FS Knur, 1972, S. 125; *Flume*, Der Inhalt der Haftungsverbindlichkeit des Gesellschafters nach § 128 HGB, in FS Reinhardt, 1972, S. 223; *Flume*, Die persönliche Haftung der Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft für deliktisches Handeln der geschäftsführenden Gesellschafter, DB 2003, 1775; *Graf Wolfskeel v. Reichenberg*, Forderungen eines Personengesellschafters gegen seine Gesellschaft bzw. Mitgesellschaftler, NZG 2017, 45; *Gramlich/Müssig*, Ansprüche der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft auf Ersatz von Aufwendungen und Verlusten gem. § 110 HGB, NZG 2019, 1333; *Grunewald*, Haftungsbeschränkungs- und Kündigungsmöglichkeiten für volljährig gewordene Personengesellschafter, ZIP 1999, 597; *Haas/Oberhammer*, „Drittwirkung“ von Schiedsvereinbarungen einer Personenhandelsgesellschaft gegenüber ihren persönlich haftenden Gesellschaftern?, in FS K. Schmidt, 2009, S. 493; *Habersack*, Der Regress bei akzessorischer Haftung, AcP 198 (1998), 152; *Hadding*, Inhalt und Verjährung der Haftung des Gesellschafters einer OHG oder KG, ZGR 1981, 577; *Hammen*, Gesetzlicher Forderungsübergang auf den leistenden Gesellschafter einer OHG gemäß § 774 Abs. 1 BGB analog, WM 2019, 945; *Koehler*, Zur Gesellschaftserhaftung gem. § 128 S. 1 HGB für eine auf Abgabe einer Willenserklärung gerichtete Gesellschaftsverbindlichkeit,

23 Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; Hopt/Roth § 125a aF Rn. 11; Röhrich/v. Westphalen/Haas/Mock/Wöstmann/Haas § 125 Rn. 7.

24 Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11.

25 MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 16; Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11; Röhrich/v. Westphalen/Haas/Mock/Wöstmann/Haas § 125 Rn. 7.

26 Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 17; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11.

27 Str.; wie hier MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 17; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 11; Oetker/Boesche HGB § 125a aF Rn. 13; zweifelnd wohl Hopt/Roth § 125a aF Rn. 11; aA Altmeyen NJW 2012, 2833 (2836).

28 BGH NJW 1991, 2627 (2628); BGH NJW 2007, 1529 (1530 f.); BGH NZG 2022, 513 (514 f.); Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 125a aF Rn. 11; Staub/Habersack § 125a aF Rn. 12; Hopt/Roth § 125a aF Rn. 11; Oetker/Boesche § 125a aF Rn. 13; nach BGH NJW 2012, 2871 soll dies nicht nur im Falle des fehlenden Rechtsformzusatzes, sondern auch dann gelten, wenn der Vertreter einer UG fehlerhaft denjenigen der GmbH verwendet und damit den (unzutreffenden) Anschein einer Mindestkapitalausstattung erweckt; aA Altmeyen NJW 2012, 2833 (2836); Haas NJW 1997, 2854 (2855); MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 125a aF Rn. 18; krit. Klein NJW 2017, 3607 (3609 ff.).

29 Freitag/Korch GmbH 2013, 1184 (1189 f.); Altmeyen NJW 2012, 2833 (2836); Klein NJW 2017, 3607 (3609 ff.).

NZG 2020, 127; *Kornblum*, Die Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten von Personengesellschaften (1972); *Kornblum*, Die Haftung der Gesellschafter für Unterlassungspflichten der OHG und KG, BB 1971, 1434; *Kühne*, Gläubigersicherung und Gesellschafterschutz im Rahmen der §§ 128, 129 HGB, ZHR 133 (1970), 149; *Lindacher*, Grundfälle zur Haftung bei Personengesellschaften, JuS 1982, 349; *Lindacher*, Kommanditisten als Sicherungsgeber – Regress nach erfolgter Inanspruchnahme, in FS Hadding, 2004, S. 529; *Lüneborg*, Die Nachhaftung des ausgeschiedenen Personengesellschafters für Altverbindlichkeiten, ZIP 2012, 2229; *Markuorth*, Die Haftung des GbR-Scheingesellschafters, JuS 2016, 587; *Martensen*, Der Inhalt der unbeschränkten Haftung von Personenhandelsgeellschaften (1989); *Römermann*, Neues und immer noch offene Fragen zur Haftung in der gemischten Sozietät, NJW 2009, 1560; *Schäfer*, Quotenhaftung in der Publikums-GbR?, NZG 2010, 241; *K. Schmidt*, Wechselverband und Gesellschafterhaftung bei Personengesellschaften des Handelsrechts, ZHR 137 (1973), 509; *K. Schmidt*, Die Gesellschafterhaftung bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als gesetzliches Schuldverhältnis, NJW 2003, 1897; *K. Schmidt*, Haftungsregress bei Personengesellschaften, JuS 2003, 228; *K. Schmidt*, Persönliche Gesellschafterhaftung in der Insolvenz, ZHR 174 (2010), 163; *Schönewolf*, Die persönliche Haftung der Gesellschafter einer OHG und einer GbR für im Rahmen der Geschäftsführung begangene Delikte (1989); *Thomale*, Gemeinschaftliche Gesamtvermögenshaftung, ZGR 2021, 643; *Ulmer*, Die Haftungsverfassung der BGB-Gesellschaft, ZIP 2003, 1113; *Ulmer*, Zur Anlegerhaftung in geschlossenen (Alt-)Immobilienfonds, ZIP 2005, 1341; *Wiedemann*, Rechte und Pflichten des Personengesellschafters, WM-Sonderbeil. 2 1992.

A. Normzweck	1	F. Regress	30
B. Geltungsbereich	2	I. Regress gegen die Gesellschaft	30
C. Voraussetzungen der Haftung	6	II. Regress gegen die Mitgesellschafter	32
I. Bestehen einer Gesellschaft	6	III. Freistellungsansprüche	36
II. Verbindlichkeit der Gesellschaft	7	IV. Auflösung der Gesellschaft	38
1. Grundsatz	7	G. Haftung ausgeschiedener Gesellschafter	39
2. Gesellschafter-Gläubiger	8	I. Grundsatz	39
a) Drittansprüche	8	II. Der Tatbestand des Ausscheidens	40
b) Sozialverbindlichkeiten	9	III. Alt- und Neuverbindlichkeiten	44
III. Gesellschafterstellung	11	1. Allgemeines	44
IV. Keine abweichenden Vereinbarungen	12	2. Einzelfälle	45
1. Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern (S. 2)	12	H. Verfahren	49
2. Vereinbarung mit dem Gläubiger	13	I. Parteien	49
D. Art der Haftung	14	II. Gerichtsstand, Schiedsvereinbarungen	52
I. Gesetzliche Haftung	14	III. Sachliche Zuständigkeit, Prozessart, Tenor	54
II. Unmittelbare und primäre Haftung	15	IV. Urteilswirkungen	56
III. Unbeschränkte Haftung	16	I. Zwangsvollstreckung und Insolvenz	58
IV. Akzessorische Haftung	17	I. Zwangsvollstreckung	58
V. Gesamtschuldnerische Haftung	18	II. Insolvenz	59
VI. Zeitraum und Verjährung	20	1. Fortbestand und Geltendmachung der Gesellschafterhaftung in der Insolvenz der Gesellschaft	59
E. Haftungsinhalt	22	2. Reichweite der Haftung	62
I. Grundsatz	22	3. Insolvenzplan	64
II. Einzelfragen	23	4. Doppelinsolvenz	67
1. Geldschulden	23	5. Teilnahme der Gesellschafter am Insolvenzverfahren über das Gesellschaftsvermögen	68
2. Lieferung und Herausgabe von Sachen	24		
3. Vertretbare Handlungen	25		
4. Unvertretbare Handlungen	26		
5. Unterlassungs- und Duldungspflichten	27		
6. Abgabe einer Willenserklärung	29		

A. Normzweck

Die OHG ist gem. § 105 Abs. 2 selbstständige Trägerin von Rechten und Pflichten.¹ Sie ist damit ein von ihren Gesellschaftern zu unterscheidendes Rechtssubjekt und haftet selbst für ihre Verbindlichkeiten (ausf. → § 105 Rn. 284 ff.). Die daneben bestehende **Haftung der Gesellschafter** ergibt sich aus § 126 S. 1. Sie ist zwingende Rechtsfolge des OHG-Tatbestandes² und kann im Außenverhältnis weder durch den Gesellschaftsvertrag noch durch sonstige interne Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern ausgeschlossen oder beschränkt werden (zur Möglichkeit haftungsausschließender Vereinbarungen mit dem Gläubiger → Rn. 13; zu den denkbaren Vereinbarungen im Innenverhältnis → Rn. 12). Sie dient dem **Schutz der Gesellschaftsgläubiger**, die im Gegensatz zu denen einer Kapitalgesellschaft nicht durch Einlagepflichten und Vorschriften zur Kapitalsicherung geschützt sind. Zugleich ist die unbeschränkte Gesellschafterhaftung die Basis der Kreditwürdigkeit der Gesellschaft.³

1 Auf Hinwirken des Rechtsausschusses wurde die Rechtsfähigkeit der OHG in § 105 Abs. 2 trotz § 105 Abs. 3 iVm § 705 Abs. 2 Alt. 1 BGB wiederholt klargestellt, vgl. Bericht des Rechtsausschusses, BT-Drs. 19/31105, 9.

2 MüKoHGB/Fleischer § 105 aF Rn. 63; Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 128 aF Rn. 1.

3 BGHZ 23, 302 (305); BGHZ 154, 370 (373); Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Hillmann § 128 aF Rn. 1; Oetker/Boesche § 128 aF Rn. 2; sinngemäß Staub/Habersack § 128 aF Rn. 1.

B. Geltungsbereich

- 2 Unmittelbar gilt § 126 für alle Gesellschafter einer **OHG**. Auch die Komplementäre einer **KG** haften über die Verweisung des § 161 Abs. 2 nach § 126 S. 1 unbeschränkt, die Kommanditisten dagegen nur, falls die Gesellschaft (und damit entsprechend sie) nicht als solche in das Handelsregister eingetragen sind und dem Gläubiger die Kommanditistenstellung auch nicht positiv bekannt war (vgl. § 176 → Rn. 1 ff.). Andernfalls ist ihre Haftung auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme beschränkt (§§ 171, 172). Gemäß § 278 Abs. 2 AktG, § 161 Abs. 2 gilt § 126 auch für den persönlich haftenden Gesellschafter einer **KGaA**.
- 3 Für die Partner einer **Partnerschaftsgesellschaft** enthält § 8 Abs. 1 S. 1 PartGG eine § 126 S. 1 entsprechende Regelung. Schadensersatzansprüche wegen fehlerhafter Berufsausübung bestehen hier nach der Haftungskonzentration des § 8 Abs. 2 aber – neben den Ansprüchen gegen die Partnerschaft selbst – nur gegen die jeweiligen, mit der Bearbeitung des Auftrages befassten Partner. Ein Ausschluss oder eine Beschränkung der Haftung der Partner durch den Partnerschaftsvertrag oder eine sonstige Vereinbarung zwischen den Partnern ist in entsprechender Anwendung des § 721 S. 2 BGB den Gläubigern gegenüber unwirksam.⁴ Die Haftung der Partnerschaft – und damit auch die akzessorische Haftung der Partner – kann aber gem. § 8 Abs. 3 PartGG für Schäden infolge der fehlerhaften Ausübung einzelner Berufe auf einen Höchstbetrag beschränkt werden, wenn zugleich die Pflicht zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung besteht.⁵ Seit 2013 besteht zudem die Möglichkeit, durch die Rechtsformvariante der Partnerschaft mit beschränkter Berufshaftung gem. § 8 Abs. 4 PartGG die Haftung wegen fehlerhafter Berufsausübung auf diejenige der Partnergesellschaft zu begrenzen.⁶
- 4 Die Haftung der Mitglieder einer **Europäischen Wirtschaftlichen Interessensvereinigung (EWIV)** regelt Art. 24 der Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 25. 7. 1985 (EWIV-VO). Danach haften die Mitglieder unbeschränkt und gesamtschuldnerisch (Art. 24 Abs. 1 S. 1 EWIV-VO) für die Verbindlichkeiten der Vereinigung. Im Unterschied zu der Gesellschafterhaftung in der OHG ist ihre Haftung aber subsidiär (Art. 24 Abs. 2 EWIV-VO). Hinsichtlich der Haftungsfolgen verweist Art. 24 Abs. 1 S. 2 EWIV-VO auf das einzelstaatliche Recht, so dass im Übrigen wegen § 1 Hs. 2 EWIVAG die §§ 126–128 entsprechend gelten.⁷
- 5 Auf die Gesellschafter einer **GbR** fand § 128 aF nach früher vorherrschender Ansicht keine entsprechende Anwendung. Die persönliche Haftung der Gesellschaft sollte sich vielmehr aus der Annahme einer sog. Doppelverpflichtung ergeben; der vertretungsberechtigte Gesellschafter verpflichtete bei Abschluss eines Rechtsgeschäftes nicht nur die Gesellschaft, sondern gleichzeitig auch sämtliche Gesellschafter.⁸ Gegen diese Auffassung hatte sich in der Folge zweier Grundsatzentscheidungen des BGH aus den Jahren 1999⁹ und 2001¹⁰ die Akzessorietätstheorie durchgesetzt: Die Gesellschafter einer Außengesellschaft bürgerlichen Rechts hafteten für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft entsprechend § 128 aF wie die Gesellschafter einer OHG akzessorisch und unbeschränkt.¹¹ Eine Ausnahme von der unbeschränkten persönlichen Haftung der GbR-Gesellschafter erlaubte die Rechtsprechung nur hinsichtlich Bauherrengemeinschaften und Fondsgesellschaften in der Rechtsform einer GbR.¹² Mit dem **MoPeG**¹³ wurde diese Rechtsprechungsentwicklung zur unbeschränkten Gesellschafterhaftung analog §§ 128–130 aF aufgegriffen und mit der Implementierung der §§ 721, 721a, 721b BGB nF in Gesetzesform gegossen. Das Haftungsregime der Gesellschaft bürgerlichen Rechts wurde damit vollständig an dasjenige der OHG angeglichen, ohne jedoch eine Abkehr der seitens der Rechtsprechung und des Schrifttums entwickelten Ausnahmen für Bauherrengemeinschaften und Fondsgesellschaften zu intendieren.¹⁴ Trotz der Tatsache, dass die §§ 721 ff. BGB nF als insoweit „nicht abschließende Regelung“¹⁵ konzipiert wurden,

4 MüKoBGB/Schäfer PartGG § 8 Rn. 9. Eines Rückgriffs auf § 126 S. 2 bedarf es daher nicht mehr, vgl. noch MüKoBGB/Schäfer, 8. Auflage 2020, PartGG § 8 Rn. 8.

5 Näher dazu MüKoBGB/Schäfer PartGG § 8 Rn. 36 ff.; Meilicke/v. Westphalen PartGG § 8 Rn. 82 ff.

6 Näher dazu MüKoBGB/Schäfer PartGG § 8 Rn. 44 ff.; zur Wortlautanpassung des § 8 Abs. 4 S. 1 PartGG zum 1.1.2024 vgl. Regierungsbegründung BT-Drs. 19/27635, 278.

7 Anders als etwa bei der Partnerschaftsgesellschaft (§ 8 Abs. 1 S. 2 PartGG nF) kommen daher hier nicht die für die rechtsfähige GbR geltenden §§ 721a und 721b BGB nF zur entsprechenden Anwendung.

8 Vgl. dazu nur BGHZ 74, 240 (242 f.); BGHZ 136, 254 (258 f.); MüKoBGB/Ulmer, 3. Aufl. 1997, § 714 aF Rn. 26 ff.; Staub/Habersack, 4. Aufl. 1997, § 128 aF Rn. 6.

9 BGHZ 142, 315.

10 BGHZ 146, 341.

11 Vgl. nur MüKoBGB/Schäfer § 714 aF Rn. 4 ff., 31 ff.; MüKoHGB/K. Schmidt/Drescher § 128 aF Rn. 4; Staub/Habersack § 128 aF Rn. 6 jew. mwN.

12 BGHZ 150, 1 (4 ff.); näher dazu MüKoBGB/Schäfer § 714 Rn. 61 mwN.

13 Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts vom 10.8.2021 (BGBl. I 3436).

14 Regierungsbegründung BT-Drs. 19/27635, 165.

15 Regierungsbegründung BT-Drs. 19/27635, 165.

Komplementär-Kapitalgesellschaft ist, sind bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise die eigentlichen Gesellschafter nur noch die an der Kommanditgesellschaft beteiligten Kommanditisten.³²

- 7 In der Einheits-GmbH & Co KG ist die KG in der Gesellschafterversammlung die einzige Gesellschafterin der GmbH.³³ Nach früherer Rechtslage war umstritten, durch wen die KG in der Gesellschafterversammlung der GmbH vertreten wird.³⁴ Der gesetzlichen Regel nach wurde die KG durch ihre Komplementär-GmbH vertreten und diese wiederum durch ihren Geschäftsführer.³⁵ Dies führte in Fällen, in denen es um die Überwachung, die Entlastung, Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern oder um die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die Geschäftsführer geht, zu dem unerwünschten Ergebnis, dass die Geschäftsführer Richter in eigener Sache werden.³⁶ Die strikte Trennung zwischen der KG und der GmbH als zwei verschiedene Gesellschaften führte zu einer nicht beabsichtigten und nicht erwünschten Kompetenzverteilung.³⁷ Um dem zu begegnen, konnte im Gesellschaftsvertrag der GmbH vereinbart werden, dass die Gesellschafterversammlung aus den Kommanditisten besteht,³⁸ oder es konnte die Geschäftsführungsbefugnis im Hinblick auf die Ausübung der Gesellschafterrechte aus oder an den von der KG gehaltenen Geschäftsanteilen an der Komplementär-GmbH auf die Kommanditisten übertragen werden.³⁹
- 8 Die Neuregelung des § 170 Abs. 2 statuiert die sog. **organschaftliche Lösung**, nach der die Rechte in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH von den Kommanditisten und nicht von der Kommanditgesellschaft wahrgenommen werden.⁴⁰ Diese Regelung ist dispositiv. Da es sich der Sache nach um eine innere Angelegenheit der KG handelt, verbleibt den Gesellschaftern die Möglichkeit, für die Einheits-GmbH & Co. KG eine hiervon abweichende Regelung zu vereinbaren.⁴¹ So kann die Wahrnehmung der Rechte in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH in die Zuständigkeit der KG gelegt werden und gleichzeitig können die Kommanditisten durch die KG bevollmächtigt werden, in der Gesellschafterversammlung der Komplementär-GmbH die Rechte der KG bezüglich einzelner Beschlussgegenstände wahrzunehmen (**rechtsgeschäftliche Vollmachtslösung**).⁴² Diese Lösung ermöglicht es, gezielt auf etwaige Interessenkonflikte zu reagieren.⁴³

§ 171 [Haftung des Kommanditisten]

- (1) Der Kommanditist haftet den Gläubigern der Gesellschaft bis zur Höhe seiner Haftsumme unmittelbar; die Haftung ist ausgeschlossen, soweit die vereinbarte Einlage geleistet ist.
- (2) Ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet, so wird während der Dauer des Verfahrens das den Gesellschaftsgläubigern nach Absatz 1 zustehende Recht durch den Insolvenzverwalter oder den Sachwalter ausgeübt.

Schrifttum: *Altmeyen*, Außen- und Innenhaftung des Kommanditisten, NJW 2017, 3198; *Bartlitz*, Die Haftung des Kommanditisten auf der Grundlage kapitalgesellschaftsrechtlicher Prinzipien, 2016; *Davies*, Principles of Modern Company Law, 6. Aufl. 1998; *Ekkenga*, zur Aktivierungs- und Einlagefähigkeit von Nutzungsrechten nach Handelsbilanz- und Gesellschaftsrecht, ZHR 161 (1997), 599; *Fleischer/Hahn*, Zur unbeschränkten Haftung des herrschenden Kommanditisten, NZG 2018, 1281; *Furrer*, Die Haftung des Kommanditisten im Vergleich zur Haftung des Komplementärs, 1902; *Gramlich*, Die Einlageforderung der Kommanditgesellschaft gegen einen Kommanditisten als Kreditsicherungsmittel, NJW 1957, 1447; *Günter*, Aufbringung und Erhaltung des Haftkapitals in KG und GmbH unter besonderer Berücksichtigung der GmbH & Co KG, 1975; *Gursky*, Risikokumulation für den Kommanditisten mit Sacheinlagepflicht, DB 1978, 1261; *Häsemeyer*, Kommanditistenhaftung und Insolvenzrecht, ZHR 149 (1985), 42; *Hahn/Mugdan*, Die gesamten Materialien zu den Reichsjustizgesetzen, 6. Bd., Materialien zum Handelsgesetzbuch, 1897; *Hansmann/Kraakman/Squire*, Law and the Rise of the Firm, ECGI – Law Working Paper No. 57/2006 = Yale Law & Economics Research Paper No. 326, abrufbar unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=873507; *Huber*, Vermögensanteil, Kapitalanteil und Gesellschaftsanteil an Personalgesellschaften des Handelsrechts, 1970; *Kindler*, Der Gesellschafter hinter dem Gesellschafter – Zur Treugeberhaftung in der Personengesellschaft, ZIP 2009, 1146; *Kindler*, Der Kommanditist hinter dem Kommanditisten – Zur Treugeberhaftung in der Insolvenz der

32 BT-Drs. 19/27635, 255.

33 MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102.

34 Vgl. hierzu BeckOGK HGB/Notz/Zinger § 161 Rn. 183 ff.

35 BT-Drs. 19/27635, 256; MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102.

36 BT-Drs. 19/27635, 256; MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102; BeckOGK HGB/Notz/Zinger § 161 Rn. 183.

37 BT-Drs. 19/27635, 256; MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 102.

38 MüKoHGB/Grunewald § 161 Rn. 103.

39 BFH 13.7.2017 – IV R 42/14.

40 BT-Drs. 19/27635, 256.

41 BT-Drs. 19/27635, 256.

42 BT-Drs. 19/27635, 256.

43 BT-Drs. 19/27635, 256.

Publikums-GmbH & Co. KG, in Bitter et al. (Hrsg.), Festschrift für Karsten Schmidt zum 70. Geburtstag, 2009, S. 871; *Kirsch*, Einlageleistung und Einlagenrückgewähr im System der Kommanditistenhaftung, 1995; *Knobbe-Keuk*, Die Haftung des Kommanditisten für die Schulden der Gesellschaft, ZHR 135 (1971), 410; *Koller*, Sicherung des Eigenkapitals bei der gesetzestypischen KG, in Kübler et al. (Hrsg.), Festschrift für Theodor Heinsius zum 65. Geburtstag am 25. September 1991, S. 357; *Kubis*, Der Regress des Personenhandelsgesellschafters, 1988; *Lebhen*, Der Grundsatz der komplementärähnlichen Kommanditistenhaftung, 2013; *Leven*, Zur persönlichen Haftung des Kommanditisten im Gesellschaftskonkurs, 1966; *Leyendecker*, Geschäftsführungsmacht, Inhaberschaft und Haftung bei börsenunabhängigen Gesellschaften, 2008; *Lindacher*, Kommanditisten als Sicherungsgeber – Regress nach erfolgter Inanspruchnahme, in Häuser et al. (Hrsg.), Festschrift für Walthar Hadding zum 70. Geburtstag am 8. Mai 2004, S. 529; *Meyer*, Haftungsbeschränkung im Recht der Handelsgesellschaften, 2000; *Müßigbrodt*, Die haftungsbefreiende Aufrechnung des Kommanditisten, 1981; *v. Olshausen*, Die Aufrechnung eines Kommanditisten mit einer nicht voll werthaltigen Gegenforderung, ZGR 2001, 175; *Pfaffinger*, Unbeschränkte Gesellschafterhaftung und Gläubigerschutz, 2016; *Potsch*, Grundfragen der Kommanditistenhaftung, 2012; *Preuß*, Regressansprüche des ausgeschiedenen Gesellschafters einer Personenhandelsgesellschaft gegen die Gesellschaft, ZHR 160 (1996) 163; *C. Schäfer*, Zu Fragen der Treugeberhaftung bei qualifizierten Treuhänderbeteiligungen an Publikumspersonengesellschaften, ZHR 2013, 619; *Schall*, Kapitalgesellschaftsrechtlicher Gläubigerschutz – Grund und Grenzen der Haftungsbeschränkung nach Kapitaldebatte, MoMiG und Trihotel, 2009; *Schlitt*, Die GmbH & Co. KG in der Insolvenz nach neuem Recht, NZG 1998, 701 (Teil I) und 755 (Teil II); *Schmelz*, Überschießende Außenhaftung des Kommanditisten – eine systematische Darstellung, DStR 2006, 1704; *K. Schmidt*, Kommanditisteneinlage – Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung in der KG, ZGR 1976, 307; *K. Schmidt*, Einlage und Haftung des Kommanditisten, 1977; *K. Schmidt*, Zur Bareinlage durch Verrechnung und Aufrechnung in der KG, ZGR 1986, 152; *K. Schmidt*, Grenzen und Risiken der Binnenhaftung von Kommanditisten, DB 1995, 1381; *Schürnbrand*, Personengesellschaften in Rechtsprechung und Literatur, ZGR 2014, 256; *Sieker*, Eigenkapital und Fremdkapital der Personengesellschaft, 1990; *Steckhan*, Gesellschaftsvermögen der Kommanditgesellschaft und Privatvermögen des Komplementärs, DNotZ 1974, 69; *Stöber*, Die Haftung der Anleger notleidender Immobilienfonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft, NZG 2011, 738; *Thole*, Die Wirkung der Feststellung zur Insolvenztabelle gegenüber dem nach §§ 171, 172 Abs. 4 HGB haftenden Kommanditisten, ZGR 2019, 301; *Weber*, Privatautonomie und Außeneinfluss im Gesellschaftsrecht, 2000; *Weimar*, Haftung und Verlustbeteiligung des Kommanditisten, DStR 1997, 1730; *Werthenbruch*, Die Haftung von Gesellschaften und Gesellschaftsanteilen in der Zwangsvollstreckung, 2000; *H. P. Westermann*, Ausgleichsansprüche des Kommanditisten, dessen Haftsumme die Pflichteinlage übersteigt, bei Inanspruchnahme von Gläubigern der KG, in Fischer et al. (Hrsg.), Wirtschaftsfragen der Gegenwart: Festschrift für Hans Carl Barz zum 65. Geburtstag, 1974, S. 81; *H. P. Westermann*, Vertragsfreiheit und Typengesetzlichkeit im Recht der Personengesellschaften, 1970; *Wiedemann*, Beschränkte und unbeschränkte Kommanditistenhaftung, in Lutter et al. (Hrsg.), Festschrift für Johannes Bärmann zum 70. Geburtstag, 1975, S. 1037; *Wiedemann*, Alte und neue Kommanditgesellschaften, NZG 2013, 1041.

A. Überblick	1	VIII. Leistung an die Gesellschaft	43
B. Bedeutung	2	1. Grundsätzliches	43
C. Regelungszweck und Systematik	4	2. Deckungsgebot	44
I. Das prinzipielle Verhältnis von Einlagepflicht und Außenhaftung	5	3. Differenzhaftung	46
II. Die Anrechnung von Leistungen	7	IX. Erbringung der Einlage	47
1. Die Sicht der hM	7	X. Sacheinlagen	51
2. Kritik	8	1. Grundsatz	51
3. Eigene Auffassung	11	2. Grenzen der Einlagefähigkeit	52
a) Identische Grundlage von Einlagepflicht und Außen-Haftpflicht	11	3. Bewertung der Sacheinlage und Deckungsgebot	53
b) Der „Hilfsanspruch“ der Gläubiger auf die Haftsumme nach § 171 Abs. 1	13	4. Typische Problemfälle	54
4. Konsequenzen für die weitere Erläuterung	16	5. Wertverlust und Wertaufholung	57
III. Die prinzipiellen Unterschiede der Haftung von Aktionär und Kapitalgesellschaft	17	XI. Aufrechnung	60
D. Haftung des Kommanditisten (Abs. 1 Hs. 1) ..	21	1. Nennwertprinzip und Deckungsgebot ..	61
I. Art der Haftung	21	2. Kritik und alternative Lösung	62
II. Haftungsbeschränkung	26	3. Grenzen der Aufrechnung zum Nennwert	65
III. Inhalt der Außenhaftung	27	XII. Abtretung/Pfändung der Einlageforderung	66
E. Haftungsbefreiung durch Einlageleistung (Abs. 1 Hs. 2)	29	1. Das Zweckbindungsargument	67
I. Grundsätzliches	29	2. Die Gefahr doppelter Inanspruchnahme ..	68
II. Haftungsbefreiung bei isolierter Außenhaftung	30	a) Abtretung an Erfüllung statt	69
III. Außenhaftung und Einlagepflicht	34	b) Abtretung erfüllungs- bzw. sicherungshalber	72
IV. Einlagepflicht und Beitragspflicht	35	c) Forderungsverkauf	74
V. Das Wahlrecht des Kommanditisten	36	3. Par conditio creditorum	75
VI. Grenzen des Wahlrechts	37	4. Verpfändung	77
VII. Keine reale Kapitalaufbringung	39	5. Pfändung	78
		6. Zusammenfassung	79
		XIII. Leistung an Dritte	80
		1. Leistung an Nichtgläubiger	81
		2. Befriedigung eines Gesellschaftsgläubigers	82

3. Störungen der Leistung an Dritte	85	VI. Haftungsbefreiende Leistung durch den	
4. Erfüllungssurrogate und Dispositionsbe- fugnis der KG	87	Kommanditisten	107
F. Leistung auf die Außenhaftung	88	1. Grundsatz	107
I. Erfüllung	88	2. Massezugehörigkeit des Erlöses, Forde- rungsbegründung vor Insolvenzeröff- nung	109
II. Erfüllungssurrogate und Dispositionsbe- fugnis des Gläubigers	89	3. Erfüllung und Surrogate	115
III. Erlass/negatives Schuldanerkennnis (§ 397 BGB)	90	4. Aufrechnung (gegen die Außenhaftung)	116
G. Regress nach Leistung auf die Außenhaf- tung	91	5. Einwendungen, keine Erforderlichkeit zur Befriedigung der Gesellschaftsgläu- biger	118
I. Gegen die Gesellschaft	91	6. Abtretbarkeit	122
II. Gegen die Mitgesellschafter	94	VII. Haftungsbefreiung nach § 171 Abs. 1 Hs. 2	123
H. Haftung des ausgeschiedenen Kommanditisten	97	1. Das umstr. Verhältnis zwischen Pflicht- einlage und Haftung	123
I. Haftung in der Insolvenz der Gesellschaft (Abs. 2)	100	2. Stellungnahme	124
I. Allgemeines	100	3. Freies Wahlrecht und offene Einlage- pflicht	125
II. Anwendungsbereich	101	4. Haftungsbefreiende Erfüllung der Einlage- pflicht	126
III. Offene Außenhaftung	102	VIII. Regressfragen	127
IV. Inhalt, Umfang und Geltendmachung der Haftung	104	J. Der ausgeschiedene Kommanditist in der Insolvenz	130
V. Eröffnetes Insolvenzverfahren, Zuständig- keit des Insolvenzverwalters, keine Durch- führung des Innenausgleichs	105	K. Verfahrensfragen	133

A. Überblick

- 1 § 171 ist die Grundnorm der *beschränkten* Haftung des Kommanditisten. Sie wird ergänzt durch §§ 172 bis 175, die weitere Einzelheiten dieser Haftung regeln. Subsidiär beruft der Generalverweis in § 161 Abs. 2 auch das OHG-Recht, woraus sich vor allem die Berufung des Kommanditisten auf Einreden der Gesellschaft ergibt (§ 128 Abs. 1; s. iÜ → Rn. 21 ff.). Demgegenüber verweist § 176 vor Eintragung des Kommanditisten grundsätzlich auf die *unbeschränkte* Gesellschafterhaftung der §§ 126 ff.¹ Die §§ 171 ff. stellen zwingendes Recht dar und können durch Vereinbarung der Gesellschafter untereinander nicht modifiziert werden.² Eine **Durchgriffshaftung** auf herrschende Kommanditisten findet grundsätzlich **nicht** statt.³ Abs. 1 hat durch das MoPeG eine redaktionelle Anpassung dahin gehend erfahren, dass das Gesetz die bisher schon verbreitete dogmatische Differenzierung zwischen der Einlagepflicht des Kommanditisten (Innenverhältnis) und der Haftsumme (Außenverhältnis)⁴ in den Text umgesetzt hat. Das ändert freilich nichts an der hier entwickelten Sicht, dass beide auf dem gleichen Haftgrund, nämlich dem Einlageversprechen im Gesellschaftsvertrag, beruhen, auch wenn sie gegenüber unterschiedlichen Gläubigern bestehen und unterschiedlich ausgestaltet sein können.

B. Bedeutung

- 2 Die Haftungsbeschränkung des Kommanditisten ist das **zentrale Wesensmerkmal** der KG. In Kontinentaleuropa blickt sie auf eine lange Tradition zurück,⁵ während sie sich im Common law erst sehr spät durchsetzte.⁶ Grundgedanke ist, Unternehmergeist und Haftkapital in der Weise zusammenzubringen, dass sich das Risiko des Geldgebers auf das eingesetzte Kapital beschränkt, er aber gleichwohl an den Gewinnen partizipieren kann und sich nicht nur wie ein Darlehensgeber auf den Zins beschränken muss.⁷ Früheste Erscheinungsformen finden sich in der italienischen *commenda* zwischen dem Schifffahrer zu See und seinem Geldgeber an Land.⁸ Später entwickelte sich die *accomandita*, die man auch für

1 Ausf. Lehnen Kommanditistenhaftung S. 198 ff.

2 AllgM, Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn/Strohn § 171 Rn. 6; BeckOGK/Foerster § 171 Rn. 2; s. auch §§ 172 Abs. 3, 173 Abs. 2.

3 BGHZ 45, 202 – Rektorfall; → § 172 Rn. 49 f.; anders in der Kapitalgesellschaft & Co. KG ohne natürliche Vollhafter.

4 Ausf. und kritisch BeckOGK/Foerster § 171 Rn. 8 ff.

5 Dazu etwa Wiedemann GesR II § 9 I 2; Windbichler GesR § 17 Rn. 4; ausf. Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm S. 27 ff.

6 Paul Davies vermutet die Ursache hierfür im Vorsprung der kontinentalen Buchführung (Davies Principles of Modern Company Law S. 19 Fn. 3). Aber auch der englische Trust mag den Bedarf nach der Limited Partnership gebremst haben (s. Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 41, 45 ff. sowie noch Fn. 7).

7 Gleichsinnig Anzinger FS U. H. Schneider, 2011, 15 f.

8 Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 35 ff.

Unternehmungen zu Lande nutzen konnte. Sie wurde zur Namensgeberin der sich dann über den ganzen Kontinent ausbreitenden Kommanditgesellschaft und wurde beispielsweise vom Bankenimperium der Medici genutzt.⁹ Dogmatisch handelte es sich bei den ersten Erscheinungsformen noch um stille Gesellschaften, bei denen die Kapitalgeber gar nicht nach außen auftraten.¹⁰ Erst später bildete sich daneben die eigentliche Kommanditgesellschaft mit offen beteiligten, aber nur beschränkt haftenden Gesellschaftern heraus. Das HGB vollendete diese Entwicklung mit der umstrittenen Einführung der von der OHG her stammenden Außenhaftung in § 171 ff.¹¹

KG und stille Gesellschaft haben die spätere Entwicklung der Kapitalgesellschaften maßgeblich beeinflusst. Ihre Haftungsbeschränkung stand Pate beim Durchbruch der Aktiengesellschaften auf dem Kontinent mit Einsetzen des Industriezeitalters.¹² Als wirkmächtig erwies sich offenbar der folgende Gedanke, den Savigny in den Vorarbeiten des Preußischen Aktiengesetzes anlässlich des Ringens um das Konzessionssystem formuliert hatte: Wenn eine Gesellschaft ohnehin so gestaltet sein konnte, dass neben einem einzigen Komplementär eine beliebige Vielzahl von haftungsbeschränkten Gesellschaftern beteiligt waren, fiel der Wegfall jenes Vollhafter zumind. dann nicht mehr ins Gewicht, wenn das Unternehmen eine erhebliche Kapitalisierung aufwies¹³ – was bei den Aktiengesellschaften des 19. Jahrhunderts typischerweise der Fall war. Trotz dieser engen funktionalen Verwandtschaft der Haftungsbeschränkungen von Kommanditisten und Aktionären darf freilich nicht übersehen werden, dass sich die rechtstechnische Ausgestaltung ganz erheblich unterscheidet (Überblick → Rn. 17 ff.). Der GmbH-Gesetzgeber hat sich im MoMiG anstelle der teilweise geforderten Übertragung des KG-Modells¹⁴ auf die GmbH für eine GmbH-spezifische Deregulierung der Kapitalaufbringung entschieden.¹⁵

C. Regelungszweck und Systematik

Die Haftungsbeschränkung des Kommanditisten stellt nach heute hM eine Ausnahme vom Grundsatz der unbeschränkten Gesellschafterhaftung (§§ 126, 127) dar¹⁶ und kann daher erst außenwirksam werden, wenn sie im Handelsregister publiziert worden ist (§ 172 Abs. 1). Zudem muss die Erbringung der versprochenen und publizierten Einlage konsequent durchgesetzt werden. Das geschieht aber nicht – wie bei GmbH und AG – durch zwingende Kapitalaufbringungsvorschriften, sondern durch die Außenhaftung nach § 171 ff. Anstelle eines gesetzlichen Verbotes der Kapitalrückgewähr tritt das Wiederaufleben der Einlagepflicht nach § 172 Abs. 4.

I. Das prinzipielle Verhältnis von Einlagepflicht und Außenhaftung

Der Kommanditist schuldet wie jeder Personengeschafter der Gesellschaft seinen Beitrag auf Grundlage des Gesellschaftsvertrags. Diese **Einlagepflicht** besteht in der Leistung einer Pflichteinlage, die grds. der ins Handelsregister einzutragenden **Haftsumme** entspricht (§ 172 Abs. 1).¹⁷ Solange der Kommanditist diesen Beitrag nicht entrichtet hat, haftet er den Gesellschaftsgläubigern bis zur Höhe der Haftsumme unmittelbar nach § 171 Abs. 1 (**Außenhaftung**). Dabei kann jeder Gesellschaftsgläubiger den gesamten Haftbeitrag zu seiner persönlichen Befriedigung verlangen, der Kommanditist wiederum kann jederzeit auch an jeden anderen Gesellschaftsgläubiger (oder sogar an die Gesellschaft selbst) befreiend leisten. Eine gleichmäßige Verteilung des vom Kommanditisten erzielten Erlöses findet nicht statt. Dies ändert sich erst in der Insolvenz der Gesellschaft (§ 171 Abs. 2). Als Grundlage der Außenhaftung wird teilweise ein Garantieverprechen des Kommanditisten gegenüber den Gläubigern angenommen.¹⁸ Nach anderer Auffassung handelt es sich dagegen im Grunde um die allgemeine Außenhaftung

9 Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 34 f.

10 Schmelz DStR 2006, 1704 (1705).

11 Eingehend Staub/Thiessen § 171 Rn. 1 ff., 8 ff.

12 In England wurde dagegen der Trust zum Motor der Entwicklung der Kapitalgesellschaften, vgl. Davies Principles of Modern Company Law S. 29; Hirte/Bücker Grenzüberschreitende Gesellschaften-HdB/Kasolowsky/Schall § 4 Rn. 3; Schall DStR 2006, 1229; Hansmann/Kraakman/Squire Law and the Rise of the Firm, S. 45 ff.

13 Vgl. das Votum von Savigny bei Baums (Hrsg.), Gesetz über die Aktiengesellschaften für die Königlich Preussischen Staaten vom 9.11.1843 – Text und Materialien, 1981, S. 31 ff.

14 Bayer ZGR 2007, 220 ff.; Drygala ZGR 206, 1797 (1803); J. Vetter, Referat zum 66. DJT 2006, P. 89 ff.

15 S. nur Schall Gläubigerschutz S. 99 und 133.

16 Ausf. Lehnen Kommanditistenhaftung S. 45 ff., 94 ff. und 198 ff.; siehe auch Schall NZG 2023, 1540 ff. Das Prinzip anerkennend BGHZ 142, 315 (319); grundlegend Flume BGB AT I 2 § 5 III 3 S. 164 f. Sieht man die Grundlage der unbeschränkten Gesellschafterhaftung in der OHG dagegen in der gemeinsamen Mitverpflichtung (näher → Rn. 6), wird die unbeschränkte Haftung von Kommanditisten, die nicht als Mitunternehmer auftreten, ungeachtet der Eintragung zur begründungsbedürftigen Ausnahme.

17 Vgl. Hahn/Mugdan Gesamte Materialien S. 281; Schmelz DStR 2006, 1704 (1706 f.).

18 Mülligbrodt Haftungsbefreiende Aufrechnung S. 76 f.; H. P. Westermann Vertragsfreiheit S. 287; s. auch Staub/Thiessen § 171 Rn. 10 (kollektive Haftungszusage) im Anschluss an Schön DK 2004, 162 (166 ff.).

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

- Abberufung von Liquidatoren **144** 11 ff., **145** 8
– Beschwerdeberechtigung **145** 10
– wichtiger Grund **145** 9
- Abdingbarkeit, AGB-feste Normen **449** 2
- Abfindung, Erbe **131** 3 ff., 12 ff.
- Abfindungsanspruch des ausgeschiedenen Gesellschafters **126** 10
- Abfindungsstichtag **135** 50 ff.
- Abführungssperre **268** 37
- Abgabe einer Willenserklärung **126** 29
- Abgeleitete Firma **17** 9
- Abhängige Gesellschaft
– Anspruch auf Durchführung der Konzernleitung **Anh. 107** (1) 114 ff.
– Beweislast **Anh. 107** (1) 181 ff.
- Abhängige Personengesellschaft
– Informationsrechte **Anh. 107** (1) 101
– Nachteilszufügung **Anh. 107** (1) 96 ff.
– Sorgfaltsmaßstab **Anh. 107** (1) 99
– Verantwortungsvermutung **Anh. 107** (1) 98
– Zustimmungsrechte **Anh. 107** (1) 95 ff.
– Zustimmungsvorbehalt **Anh. 107** (1) 88 ff.
- Abhängiges Unternehmen **Anh. 107** (1) 10
- Abhängigkeitslage, Austrittsrecht
Anh. 107 (1) 102 ff.
- Abholklausel, Handelsklauseln **346** 82
- Ab Kai, Handelsklauseln **346** 82
- Ablieferung **377** 5 ff.
– Abladegeschäft **377** 11
– Begriff **377** 5 f.
– Bringschuld **377** 9
– Folgeschäden **425** 11
– Holschuld **377** 8
– Mehrheit von Leistungen **377** 7
– Mehrheit von Sachen **377** 7
– Nacherfüllung **377** 12
– Obhutszeitraum **425** 11
– Schickschuld **377** 10
– Sukzessivlieferungsvertrag **377** 7
– Versendungskauf **377** 10
- Abnahme bei vertragsgemäßer Lieferung
– Incoterms® 2000 **346** 81
– Incoterms® 2010 **346** 80
– Incoterms® 2020 **346** 79
- Abrufklausel, Handelsklauseln **346** 82
- Absatzmittler
– Franchisevertrag **84** 8 ff.
– Handelsmakler **84** 3 ff.
– Handelsvertreter **84** 1 ff.
– Kommissionär **84** 4 ff.
– Vertragshändler **84** 5 ff.
- Abschluss eines besonderen Versicherungsvertrages
– Incoterms® 2000 **346** 81
– Incoterms® 2010 **346** 80
– Incoterms® 2020 **346** 79
- Abschluss eines eigenen Beförderungsvertrages
– Incoterms® 2000 **346** 81
– Incoterms® 2010 **346** 80
– Incoterms® 2020 **346** 79
- Abschlusspflicht, Bankvertrag **Anh. 372** 26 ff., 114
- Abschlussposten **246** 7
- Abschlussprovision **65** 1, **87** 8 ff.
- Abschlussprüfer **331** 4
– Anfechtung des Wahlbeschlusses **318** 17 ff.
– Anforderungen **319** 1 ff.
– Antragsberechtigung **318** 40
– Ausschlussgründe **319b** 7
– Berufspflichten **323** 3
– besondere Ausschlussgründe **319a** 1 ff.
– Bestellung **316** 8, **318** 1 ff.
– Eintragung im Berufsregister **319** 12 f.
– Ersetzung **318** 1 ff., 38 ff.
– Funktion der Haftung **323** 12
– gerichtliche Bestellung **318** 33 ff.
– gerichtliche Bestellung, frühester Zeitpunkt **318** 36
– gewissenhafte und unparteiische Prüfung **323** 4
– Haftung **321a** 24, **322** 33, **323** 1 ff., 12 ff.
– Joint Audit **316** 18
– Meldung von Sanktionen **335c** 1
– Mindeststandard **319** 10
– Parallelprüfung **316** 18 f.
– Pflichtverletzung **323** 13
– prüfungsbezogene Berufspflichten **323** 1 ff.
– Qualitätskontrolle **319** 11
– Registerauszug **319** 12 f.
– Schadensersatzanspruch **323** 13
– spezifisches Insiderverbot **323** 5
– Strafbarkeit **322** 34, **323** 8
– Vergütung **318** 46 ff.
– Verletzung der Pflichten bei Abschlussprüfungen **333a** 1
– Verschwiegenheitspflicht **323** 1 ff.
– Wahl **316** 8, **318** 1 ff.
– Wahlmöglichkeit **318** 15 f.
– wichtige Führungstätigkeit **Anh. 318** 48
– Wirtschaftsprüfer **316** 18
– Wirtschaftsprüfungsgesellschaften **316** 18
- Abschlussprüferhonorar **314** 44 ff.
- Abschlussprüfung **Vor 316–324a** 1 f., **316** 20
– Abschlussprüfer **Vor 316–324a** 13
– Anspruch auf Berichterstattung **320** 2
– Aufgabe **317** 8
– Aufstellung **320** 5 ff.
– Auskunftsrecht **320** 9
– Ausschlussgründe **319** 50
– äußerer Anschein **316** 30
– Auszahlungsanspruch **316** 28

- Bestätigungsvermerk **316 30**
- Dauer **317 9**
- Doppelfunktion **Vor 316–324a 10**
- Ertragsteuerinformationsbericht **317 39 ff.**
- europäische Rechtsakte **Vor 316–324a 2**
- Existenzprüfung **317 25 f.**
- Form **316 25**
- freiwillige **316 24 ff.**
- Funktionen **316 5 f.**
- Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA) **317 10**
- Gesellschaft, prüfungspflichtige **316 1 ff.**
- Gesellschafter **316 28**
- Gleichwertigkeit der freiwilligen Prüfung **316 25**
- Größenklassendefinition **316 7**
- Grundlage der Durchführbarkeit **320 1**
- historische Entwicklung **Vor 316–324a 1 f.**
- Honorar **Vor 316–324a 12**
- Informationszugang **320 3**
- Kapitalgesellschaft **316 7**
- Lagebericht **317 6**
- Nachtragsprüfung **316 28 ff.**
- Nachweispflicht **320 9**
- Nichtigkeit **319 52**
- öffentliches Interesse **316 4**
- ordnungsgemäße **316 28**
- Organisation **324 4**
- Parallelprüfung **320 7**
- Prüfungsgegenstand **316 1 ff., 317 1 ff.**
- Prüfungsgesellschaften **Vor 316–324a 13**
- Prüfungspflicht **316 7 ff.**
- Prüfungspflichtige **316 1 ff.**
- Rechtsfolgen **319 48 ff.**
- Risikofrüherkennungssystem **317 43 f.**
- Schadensersatzpflicht **316 27**
- Umfang **317 1 ff.**
- Unternehmen öffentlichen Interesses **Vor 316–324a 13 ff., 316a 1 ff.**
- Verschwiegenheitspflicht **320 3**
- Vorlagepflicht **320 4**
- Wesentlichkeit **317 6 ff.**
- Zielsetzung **317 1 ff.**
- Abschlussprüfung, freiwillige **318 19**
- Abschlussprüfung, Funktionen
 - Banken **Vor 316–324a 10**
 - öffentliche Funktion **Vor 316–324a 10**
 - Versicherung **Vor 316–324a 10**
- Abschlussprüfungs-Reform, EU **Vor 316–324a 3 ff.**
- Mitgliedstaatenwahlrechte **Vor 316–324a 5**
- Umsetzung **Vor 316–324a 5**
- Abschlussvertreter **55 1 ff.**
- Tätigkeit für Nichtkaufleute **91 1**
- Überschreitung der Vollmacht **91a 7**
- Abschreibung **253 9 ff.**
- Anlagenspiegel **284 56 ff.**
- außerplanmäßige **253 28**
- Ausweis in der GuV **275 38 ff.**
- Equity-Methode **312 7**
- Finanzanlagen, GuV-Ausweis **275 69 ff.**
- Geschäfts- oder Firmenwert **309 10 ff.**
- GuV-Ausweis bei außerplanmäßigen Abschreibungen **277 11**
- Nutzungsdauer **253 10**
- zeitlich unbegrenzte Nutzungsdauer **253 33**
- Zuschreibungen **253 51**
- Abschreibungsdauer, Geschäfts- oder Firmenwert **309 12**
- Abschreibungsmethoden **253 21 ff.**
- Absender
 - Anspruch **422 7**
 - Ansprüche des Frachtführers **Vor 407–450 12**
 - außervertragliche Ansprüche, Begrenzung **434 1 ff.**
 - diebstahlgefährdetes Gut **407 6**
 - Einwendungen der Absender **Vor 407–450 12**
 - Güterkenntnis **407 6**
 - Haftung **414 1 ff.**
 - Hauptpflicht **407 10 ff.**
 - Herausgabeanspruch **422 6**
 - Nachnahmerecht **422 5**
 - Nebenpflichten **407 11**
 - Pflichten **407 18**
 - Schadensanzeige **438 1 ff.**
 - Verbraucher **414 12**
 - Weisungsrecht **418 1 ff.**
 - Zahlungspflicht **421 12**
- Absender, Informationspflicht **413 2**
- Absender, Pflichten **414 4**
- Beförderungssicherheit **412 2**
- Begleitpapiere **413 1 ff.**
- Entladen **412 5**
- Informationspflichten **413 1 ff.**
- Ladungssicherheit **412 4**
- Urkundenmitgabe **413 1 ff.**
- Verladen, Entladen **412 1, 3**
- Absenderhaftung **449 12**
- deliktische Haftung **414 10**
- Haftungshöchstbetrag **449 26**
- Mitverschulden **414 11**
- Umfang **414 9**
- Absichtserklärung, Patronatserklärung **349 12**
- Absonderungsrecht **236 3, 369 2, 18**
- Abspaltungsverbot **108 3, 14, 124 3 f., 163 1, 8**
- Ab Station, Handelsklauseln **346 82**
- Abstrakter Vertrauensschutz **15 6**
- Abstrakte Saldoforderung
 - Anerkenntnisvertrag **355 31**
 - Eigenständigkeit **355 32**
 - Entstehung **355 30**
 - Erfüllungsort **355 32**
 - Gerichtsstand **355 32**
 - Verjährung **355 32**
 - Zustandekommen **355 31**
- Abtretung
 - Bankgeheimnis **Anh. 372 89**
 - einer Geldforderung **354a 8**
 - Einwendungen **364 4, 8**
 - Kommanditanteil **161 77**